Mittwoch, 27. Februar 1924. **Einzelnummer 250000 Mark.** **63. Jahrgang. Nr. 48**

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsst. 6 700 000, bei den Ausgabest. 7 000 000, durch Zeitungsb. 7 300 000, durch Post . . . 7 486 000 einschl. Postgebühren, ins Ausland 11 000 000 p. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.



Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 100 000 M. Reklameteil 250 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr.

für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 100 000 M. „ *) Reklameteil 250 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Fernspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Die polnische Wirtschaftskrise.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird in der Presse vielfach lediglich als eine typische Begleiterscheinung der jetzt unternommenen Sanierungsversuche betrachtet, wie sie namentlich auf industriellem Gebiet z. B. auch in der Tschechoslowakei und neuerdings in Deutschland hervorgetreten ist. Das ist zweifellos nur zu geringem Teil richtig. Natürlich erkennt man jetzt nach der fast allgemeinen Umstellung auf die Zlotyrechnung, nach der Valorisierung der Steuern, Abgaben usw. erst mit voller Deutlichkeit, wie arm man geworden ist und wie leichtsinnig so manche industrielle Gründung unter der Spekulation auf die billigen Kredite der Landesdarlehnskasse und auf die Inflationsgewinne vorgenommen wurde. Die Hauptsache aber ist, daß die alte Absatzkrise, die wichtigste Ursache neben dem Kapitalmangel für die Stagnation des gewerblichen Lebens, noch weiter fortbesteht, ja sogar sich verschlimmert hat, da die breitesten Schichten der Bevölkerung, nämlich die Landwirtschaft wegen der sinkenden Preise für Agrarprodukte an Kaufkraft gegenüber den auf der anderen Seite fortgesetzt steigenden Preisen der Industrieerzeugnisse immermehr verloren haben. Die Sanierung der Staatsfinanzen für die jetzige Krise verantwortlich zu machen, geht auch schon deshalb fehl, weil dieses Sanierungswerk sich doch erst in den allerersten Anfängen befindet und noch keineswegs in seiner Durchführung als gesichert angesehen werden kann.

Dabei hat diese Krise, vor allem soweit sie sich auf den Arbeitsmarkt auswirkt, gewiß noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Für Mitte Februar wird die Zahl der Arbeitslosen für ganz Polen zwar mit nur 96 000 angegeben, was etwa dem Stande zur selben Zeit des Vorjahres entsprechen würde. Sicherlich ist diese Angabe zu optimistisch, weil dabei die ungeheure Menge von Kurzarbeitern, z. B. in der Textilindustrie, nicht berücksichtigt ist, und heute auch wohl weit überholt, da inzwischen in verschiedenen Industriezweigen, so auch in der Metallindustrie, umfangreiche neue Arbeiterentlassungen stattgefunden haben. Hinzu treten noch die Folgen der neuerdings verschlimmerten Lage der Kohlenindustrie, auf die wir noch besonders zurückkommen werden. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenunterstützung ist zwar bereits in Angriff genommen, doch ergeben sich in der Frage der Aufbringung der Mittel durch den Staat, der angeblich sogar daran denkt, für diesen Zweck zu neuen Verkäufen und Verpachtungen staatlichen Eigentums zu schreiten, noch große Schwierigkeiten. Die Arbeitnehmer sind begreiflicherweise bestrebt, die Produktionskosten soweit wie möglich herabzusetzen, aber nur wenige Arbeiter ziehen es vor, bei einem reduzierten Verdienst weiter tätig zu sein, als ganz arbeitslos zu werden. Infolgedessen entstehen überall Lohnstreitigkeiten, die in verschiedenen Branchen und an mehreren Orten, wie z. B. in der Lodzer Trikotagen- und Phantasiewarenindustrie und Bialystok bereits zu Streiks geführt haben oder zu führen drohen, wie z. B. im Dąbrowaer Bezirk bei den Metallhütten infolge der Schließung der Hütte von Wilczynski. Auch die Kohlenarbeiter scheinen die durch Schiedsspruch festgesetzte Lohnermäßigung noch nicht ohne weiteres annehmen zu wollen. Auf der anderen Seite wird sogar gemeldet, daß der Zustrom von deutschen Arbeitern aus Westoberschlesien nach dem polnischen Teil augenblicklich sehr stark sei, weil der Verdienst in Polnisch-Oberschlesien größer ist als in Deutschland. Das Gesetz über die Anpassung der Löhne an den Teuerungsindex ist angesichts der allgemeinen Valorisationsmaßnahmen natürlich gegenstandslos geworden und dürfte auch in den nächsten Tagen offiziell aufgehoben werden. Die Arbeiter sind aber meistens mit der einfachen Angleichung an die Friedenslöhne nicht einverstanden, sondern verlangen erhebliche Zuschläge, weil auch die Lebensführung gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich teurer sei. In der Warschauer Metallindustrie wurden bereits 3000 Arbeiter entlassen und die Teuerungszulagen stark gekürzt. Zu weiteren Entlassungen sahen sich mehrere große Betriebe gezwungen.

Besonders schwer unter den allgemeinen Krisenerscheinungen hat die ohnehin schon seit so langer Zeit hart betroffene Textilindustrie zu leiden. Zur allgemeinen Charakterisierung der Lage im Lodzer Revier sei zunächst noch erwähnt, daß die Wechselproteste im Jahre 1923 159 802 (gegenüber 47 477 im Jahre 1910) im Gesamtwert von 1362234 Dollar betrugen. In den letzten Wochen haben sich die Fälle von Wechselprotesten im Textil- und Manufakturwarenhandel aber noch enorm vermehrt. Sowohl in Lodz als auch in Krakau sind auch schon eine Reihe von bisher als gut fundiert geltenden Firmen des Groß- und Kleinhandels zahlungsunfähig geworden und haben den Bankrott erklärt. In mehreren Fällen ist es auch vorgekommen, daß die Abnehmer aus der Provinz kurz vor dem Zahlungstermin der Wechsel die gekauften Waren nach den Fabriken zurückbringen, um auf diese Weise das Geschäft rückgängig zu machen. Die Lodzer Industrie selbst erklärt ihre Lage für so bedrängt, daß sie die fälligen Raten der Vermögensabgabe nicht abführen könne. Bemerkenswerterweise ist das Dollarangebot auf der Lodzer Börse seit einiger Zeit so stark geworden, daß die Landeskasse sie nicht einmal zum Kurse von 88% kaufen wollte. (Vielleicht hängt dies aber zum Teil damit zusammen, daß in Polen sich bekanntlich große Mengen gefälschter Dollarscheine im Umlauf befinden.) Nach Angabe des Lodzer Magistrats betrug in der ersten Woche dieses Monats die Zahl der wöchentlich voll beschäftigten Arbeiter 7268 (im November 24 948), der 5 Tage wöchentlich beschäftigten 1795 (im November 6006), die der 4 Tage beschäftigten 11025 (im November 27 452); die der 3 und 2 Tage beschäftigten wächst am schnellsten und betrug 68 265 (im November 35 855). Die Gesamtzahl der Arbeitslosen war am Monatswechsel 42 027, dürfte sich aber inzwischen ganz erheblich vergrößert haben, weil kürzlich auch den Arbeitern und Angestellten der großen Fabrik von Geyer, der Firma Wachs und der Werke Jarozinski, Geha, Weiß u. Poznański, Wislicki usw. gekündigt worden ist. Eine Parallelerscheinung zu diesen Betriebseinschränkungen bezw. -Stillegungen ist der Rückgang der Tätigkeit in der Speditionsbranche (10—15%) sowie auch im Bankgewerbe, das ebenfalls schon eine größere Zahl von Beamten entlassen hat.

Die Abkehr von der „Methode Poincaré".

Briand und Painleve gegen Poincaré. — Die Reparationsfrage.

In Carcassonne hat der ehemalige Ministerpräsident Briand eine große politische Rede gehalten, in der er unter anderem sagte: Solange er Ministerpräsident gewesen sei, bestand seine Aufgabe darin, die Einigkeit unter den Alliierten zu pflegen und zu erhalten, damit der Frieden gesichert bleibe. Im Jahre 1921, als er Ministerpräsident war, hat Frankreich von Deutschland mehr erhalten, als in dem darauffolgenden Jahre. Briand zweifelte daran, ob es für Frankreich eine befriedigendere Lösung gebe, als die Beschlüsse und Abmachungen von Cannes. Immer deutlicher könne man heute sehen, daß die militärische Geste nicht immer das beste Mittel sei, um alle Probleme zu lösen. Deutschland müsse empfinden, daß ihm die vereinigten Länder Europas einen wirklichen Frieden aufgezwungen haben. Ein Krieg sei nicht mehr möglich, und Frankreich will auch keinen Krieg.

Zu gleicher Zeit hat Painleve bei einer Kundgebung der Liga der Republik in Annicy eine Rede gehalten, in der er die Ansicht vertrat, daß eine internationale Lösung des Reparationsproblems am Horizont aufsteige und daß Frankreich hier mitarbeiten müsse, ohne dadurch freilich etwas von seinen Forderungen aufzugeben, soweit sie berechtigt sind.

*

Beide Redner haben Poincaré gegenüber eine sehr scharfe Einstellung, die sich mit kritischen Bemerkungen mischt, weil sie seinerzeit von ihren Posten als Führer gehen mußten. Damals hatte man in Frankreich die Ansicht, daß diese beiden Führer im Kampf gegen Deutschland, um es zur Lieferung zu zwingen, versagt haben und die Interessen Frankreichs nicht genügend wahrnahmen. Poincaré stand damals als der „starke Mann" in der Arena und er wollte mit Gewalt Unmögliches erreichen. Heute liegt das Ergebnis seiner Politik vor. Die Ruhrbesetzung hat Deutschlands Zahlungsfähigkeit tief herabgedrückt und Briand hat recht, wenn er behauptet, daß Deutschland früher viel mehr für Frankreich leistete, als unter den Auswirkungen der „produktiven Tätigkeit" des Herrn Poincaré.

Es ist die vernichtende Bilanz der Politiker Poincarés. Painleve zieht die Schlußfolgerung daraus mit der Bemerkung, Frankreichs eigenes Interesse erfordere ein Mitwirken an einer internationalen Lösung des Reparationsproblems. Die Sachverständigen sind in dieser Beziehung schon eifrig bei der Arbeit und man beginnt in Paris wohl bereits zu fürchten, daß eine Lösung über den Kopf Frankreichs hinweg erfolgen könnte. Daher der Eifer, sich als maßgebendes Glied in der Kette der Entscheidungen nicht ausschalten zu lassen. Deutschland kann es nur recht sein, wenn die Notwendigkeit einer baldigen endgültigen Regelung des Reparationsproblems auch von französischer Seite so oft als möglich betont wird. Nur wird man von vornherein gegen den französischen Versuch, die deutsche Leistungsfähigkeit als beinahe unerschöpflich hinzustellen, um möglichst hohe Reparationslasten zu rechtfertigen, scharf Front machen müssen. Sonst kommt es zu einer Wiederholung der undurchführbaren Diktate früherer Konferenzen, die weit mehr geschadet als genützt haben.

Das Annexionsprogramm — ein Ladenhüter!

Wie man gegen Deutschland Stimmung macht. — Keine Rückgabe der Kolonien.

Die französische Regierung hat einen Schachzug getan. Was in Vermutungen oft geäußert wurde, es ist jetzt wieder aufgelebt. Eine Denkschrift ist vom französischen Außenministerium hergestellt worden, die den Titel führt: „Industrie im besetzten Frankreich." Diese Schrift ist nichts anderes als ein Plan der deutschen Industrieverbände, der, als er publiziert wurde, in der deutschen Presse außerordentlich scharf bekämpft worden ist. Aber davon sagt die französische Presse nichts, wie kann sie auch. Es wird eben wieder ein neuer „Beweis" gebraucht, um den Sachverständigen den Blick zu trüben, um wieder zu zeigen, wie „Deutschland auf den Ruin Frankreichs hinarbeitet!" Die große Propaganda, die nun begonnen hat, bevor die Berichte der Sachverständigen überreicht sind, soll vor allen Dingen „den bösen Willen" Deutschland noch einmal zeigen, und dann will man andererseits, die französische Öffentlichkeit wieder auf gewisse französische Zugeständnisse vorbereiten. Man ist nur nicht sehr geschickt vorgegangen bei diesem Manöver, und hinter dem aufgefrischten Bücherregal lagert immer noch Staub genug, der diese „Auffrischung" verrät.

In der Presse sind in der letzten Zeit Berichte über das deutsche Auslandskapital verbreitet worden. Diese Frage, welche der zweite Ausschuß behandelt, sind ungeklärt und beruhen bisher auf unbeglaubigten Kombinationen. Alle Schätzungen, die man nannte (2,5 bis 20 Milliarden), sind nicht richtig. Erst der offizielle Bericht schafft Klarheit. In allen Fragen ist etwas Skepsis am Platze. Zwar ist nicht zu befürchten, daß die Sachverständigen zu einem für Deutschland gefährlichen Schluß kommen werden, aber es ist möglich, daß der Bericht, um allen Parteien gerecht zu werden, etwas sehr verweichlicht ausfallen wird.

Mac Kennas Ausschuß wird keine Sitzungen mehr abhalten, da die Arbeiten beendet sind. Der Bericht, der gerade vorbereitet wird, wird die Abschätzung der im Ausland untergebrachten deutschen Kapitalien behandeln. Nach französischen Blättern „soll" das deutsche Auslandskapital sich auf etwa 8 Milliarden belaufen, wobei einzelne Blätter diese Summe noch für viel zu niedrig halten. Schon 1921 soll Bergmann in Neuyork von 9 Milliarden gesprochen haben, und seither hat die Kapitalflucht nicht nachgelassen, sondern nur zugenommen. „Es ist auffällig, daß England und Amerika mit einer Aufstellung zufrieden sind, die doch klar und offen „den bösen Willen Deutschlands beweise."

Diese unrichtigen und vollkommen tendenziösen Meldungen zeigen wieder einmal deutlich, wie die französische nationalistische Presse die Arbeit der Sachverständigen sabotieren will. Der zweite Ausschuß hat keinerlei Bericht gegeben. Vor der endgültigen Formulierung haben die Mitglieder jede Auskunft verweigert. Beide Ausschüsse warnen vor den Meldungen der Presse dringend.

Die Mahnung an die Presse richtet sich vor allem an einige wichtige französische Zeitungen, die in geradezu unglaublicher Weise die Beschlüsse der Komitees zu beeinflussen suchen. Aus Sensationslust wird alles Erdenkliche zusammenkombiniert, was das Gegenteil der Wahrheit ist. So ist z. B. in dem Interview des „Intransigeant" von der Rückgabe der Kolonien an Deutschland gesprochen worden. Diese Meldung wird als vollkommen erfunden bezeichnet. Nie habe ein Sachverständiger einen solchen Gedanken geäußert.

Gegen die Sachverständigenarbeit.

Pertinax entwickelt im „Echo de Paris" hinsichtlich der Sachverständigenarbeiten seine bekannten Gedankengänge. Er betont, daß eine wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes Frankreich neuen Gefahren aussetze. Die militärische Okkupation habe ohne eine wirtschaftliche Ausbeutung keinen großen Sinn mehr. Was die internationale Anleihe anlangt, so bezeichnet Pertinax sie als Illusion und beruft sich auf entsprechende Aeußerungen des amerikanischen Bankiers Pierpont Morgan. Alles in allem der Versuch, eine Verständigung auf Grund der Sachverständigenvorschläge zu hintertreiben.

Beunruhigung in der Schweiz.

Wie der „Neuen Züricher Zeitung" aus Genf geschrieben wird, ist die Aktienmehrheit der beiden wichtigen Zeitungen „La Suisse" und „La Tribune", die bisher ganz unter französischem Einfluß standen, aus den Händen der in Frankreich stark interessierten Annoncenexpedition „Publicitas" an zwei Genfer Gruppen übergegangen. Beide Blätter, deren französische Haltung von dem unabhängigen Teil der Genfer Bevölkerung stark verurteilt worden seien, würden nunmehr im schweizerischen Sinne geleitet. In diesem Zusammenhang verweist der Artikel des Züricher Blattes auf das steigende Eindringen französischer Unternehmungen, namentlich Modehäuser und Banken, in Genf, und sagt: Dieses Eindringen Frankreichs in die Schweiz nähme mit dem Sinken der französischen Valuta die Form einer Flucht aus dem französischen Frank an. Diese wirtschaftliche Invasion sei für die Schweiz beruhigend.

*

Die Wiedereröffnung der Pariser Warenbörse steht in kurzer Zeit wieder bevor. Es soll die innere Organisation neu geregelt werden.

*

Die türkischen Behörden haben die französische Schule in Adrianopel geschlossen.

Deutsch-englisches Abkommen.

Herabsetzung der Ausfuhrabgabe.

Die Verhandlungen, die zwischen der deutschen und der englischen Regierung über die Aufhebung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe seit längerem geführt worden sind, sind am Sonnabend durch Abschluß eines Abkommens zu Ende geführt worden. Es ist vereinbart worden, die Ausfuhrabgabe von 26 Prozent auf 5 Prozent herabzusetzen.

Das neue Abkommen tritt bereits am 26. Februar für die Waren in Kraft, die an diesem oder den folgenden Tagen nach England eingeführt werden. Der englische Importeur wird also, wie bisher, 5 Prozent des Einkaufspreises an die britische Zollbehörde und 95 Prozent seiner Rechnung an den deutschen Exporteur zahlen. Um zu verhindern, daß diese 5 Prozent in den Preis einkalkuliert werden und somit auch noch dem britischen Importeur zur Last gelegt werden, wird die deutsche Regierung durch eine Verordnung dies ausdrücklich verbieten und unter Strafe stellen. Die über 5 Prozent zu leistenden Gutscheine werden von der deutschen Regierung später, das heißt, nachdem die deutschen Finanzen wieder in Ordnung gebracht worden sind, in einer noch näher festzustellenden Form eingelöst werden. Kleine Warenmengen und alle Sendungen von geringen Werten werden künftighin abgabefrei nach England eingeführt werden dürfen.

1 Dollar	= 9300000 Mkp.
1 Valorisationsfrank..	= 1800000 Mkp.
1 Danziger Gulden...	= 1611500 Mkp.
1 Goldmark	= 2215000 Mkp.

Republik Polen.

Die Warschauer Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland.

Am 27. d. M. beginnen bekanntlich die deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau. Sie werden Fragen der Rechtshilfe, der Option und eines Gerichtsabkommens umfassen.

Die Erweiterung der Verhandlungen auf andere Gebiete wird von dem Einvernehmen zwischen den polnischen und den deutschen Bevollmächtigten abhängen doch sind, wie die „Gazeta Warszawska" erfährt, die deutschen Vertreter Gegner einer derartigen Erweiterung und geben als Grund hierfür die Wohnungsschwierigkeiten und die Höhe der Unterhaltskosten in Warschau an. Derselben Quelle zufolge wurden die deutschen Vorschläge gleichzeitig Verhandlungen in der Frage der Rückgabe der Archive, sowie in der Frage der Invalidenrenten in Berlin zu führen, bis jetzt nicht berücksichtigt.

Die bevorstehende Aufhebung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

In dem Streben nach weitestgehender Sparsamkeit im Regierungsapparat und möglichster Zusammenfassung der technischen Agenden in einer Hand beschloß der Ministerrat am Montag, die Aufhebung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten spätestens bis zum 1. Juli d. Js. durchzuführen. Eine interministerielle Kommission ist mit der Ausarbeitung eines Entwurfs über die Liquidierung und die Überweisung der Funktionen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten an Agenden anderer Ministerien beauftragt worden. Der Entwurf dürfte dem Ministerrate spätestens bis zum 15. April zur Bestätigung vorgelegt werden.

Beratungen beim Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident empfing am Montag den Ministerpräsidenten, den Eisenbahnminister und den General Sikorski. Mit dem Premier besprach er die allgemeine Lage und das Budget für den Monat März, mit dem Eisenbahnminister Fragen des Eisenbahnbudgets, der Sparaktion und der Industrialisierung der Eisenbahnen, mit dem Kriegsminister Fragen der Organisation der obersten Militärbehörden und des Heeresbudgets.

Die polnische Handelsbilanz

weist eine Besserung auf. Die Position der Ausfuhr von Baumaterialien hat zwar eine Herabsetzung erfahren dafür hat sich aber die Ziffer der Ausfuhr von Textilartikeln, besonders von Bielitzer Waren, die sich immer größerer Nachfrage im Auslande erfreuen, erheblich vergrößert.

Die Versorgung der Invaliden und der Kriegshinterbliebenen.

Der Ministerrat beschloß am Montag für die im Ministerratsbeschluß vom 21. Januar aufgeführten Personen, die aus dem Staatsschatz versorgt werden, vom 1. März um weitere Beihilfe in Höhe von 30 Prozent. Außerdem erhalten die Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen, die Veteranen und deren Witwen eine weitere Beihilfe von 50 Prozent zu den am 1. März fälligen Renten und Pensionen.

Haussuchungen und Verhaftungen in Warschau.

Großen Eindruck machte in Warschau die Nachricht von Haussuchungen bei hohen Beamten, die bei einer Aktion gegen die Finanzvergehen beteiligt waren. Der „Kurjer Czerwony" stellt die Sache als eine Falle von Spekulanten hin. Unter den Verhafteten soll sich der Privatsekretär des Oberkommissars Wiskowski befinden.

Der winterlich erschwerte Eisenbahnverkehr.

Starke Fröste in den Eisenbahndirektionen Kattowitz und Krakau erschweren den Eisenbahnverkehr. In Krakau erreichte der Frost am Montag morgen 24 Grad. In der Lemberger Direktion sind wegen Schneeverwehungen die Strecken Tarnopol—Kopczynce und Przeworsk—Dynow geschlossen. In den Direktionsbezirken Warschau, Radom und Posen wickelt sich der Verkehr normal ab. In der Wilnaer Direktion findet der Verkehr der Personen- und Güterzüge wegen neuer Schneewehen mit Hilfe von Schneepflügen statt.

Die Pflicht zur Versorgung der evangelischen Kinder mit Religionsunterricht.

Nach einer kirchlichen Statistik waren am 1. September 1923 im preußischen Teilgebiet 4500 evangelische Volksschulkinder ohne Religionsunterricht. Anfang dieses Jahres sind dem deutschen Zentralsejmbureau in Bromberg viele Mitteilungen über Nichtversorgung evangelischer Kinder mit Religionsunterricht zugegangen. Als Beispiele mögen nur folgende Fälle dienen: Keinen evangelischen Religionsunterricht haben die evangelischen Kinder in folgenden Ortschaften: Krag, Kreis Stargard, 23 Kinder, Sumin, Kreis Stargard, 25 Kinder, Semlinek, Kreis Stargard, 22 Kinder, Lichtenau, Kreis Mewe, 29 Kinder, Korzenkowo, Kreis Bromberg, 12 Kinder, Rogaich, Kreis Graudenz, 53 Kinder, Neubrück, Kreis Graudenz, 54 Kinder, Jakobkowo, Kreis Graudenz, 43 Kinder, Schönwalde, Kreis Graudenz, 17 Kinder. Im Kreise Konitz sind insgesamt 64 evangelische Kinder ohne Religionsunterricht.

Dieser wenig erbauliche Zustand legt es nahe, einmal zu untersuchen, wem die Pflicht zur ordnungsmäßigen Versorgung der evangelischen Kinder mit Religionsunterricht obliegt. Der moderne Staat hat seinen Bürgern die allgemeine Schulpflicht auferlegt. Der polnische Staat tut das in den Artikeln 94 und 118 der Verfassung vom 17. März 1921. Art. 94 heißt: „Die Bürger haben die Pflicht, ihre Kinder zu rechten Bürgern des Vaterlandes zu erziehen und ihnen zum mindesten die Elementarbildung angedeihen zu lassen." Und Art. 118 lautet: „Im Rahmen der allgemeinen Schule (Volksschule) ist der Unterricht obligatorisch für alle Staatsbürger. Zeit, Umfang und Ort dieser Schulpflicht bestimmt das Gesetz." Der Staat setzt in der Pflichtschule auch die Pflichtfächer fest. Zu den Pflichtfächern in unseren Schulen gehört auch Religion. Das ist sogar in der Verfassung festgelegt, wo es in Art. 120 heißt: „In jeder Lehranstalt, deren Lehrplan die Ausbildung der Jugend unter 18 Jahren umfaßt, und die ganz oder teilweise durch den Staat oder Selbstverwaltungskörper unterhalten wird, ist der Religionsunterricht für alle Schüler obligatorisch." Die Eltern, deren Kinder die Pflichtschule mit den Pflichtfächern versäumen, werden mit Polizeistrafen (Schulversäumnisstrafen) belegt. Nun ist nach dieser Feststellung folgendes ganz klar: Wenn der Staat allen seinen Bürgern eine Pflichtschule mit Pflichtfächern und Pflichtversäumnisstrafen auferlegt, so hat der Staat seinerseits die Pflicht, für ordnungsmäßigen Betrieb der Pflichtschule und ordnungsgemäße Erteilung der Pflichtfächer zu sorgen. Und da auch der Religionsunterricht vom Staate für alle Kinder als obligatorisches Fach festgelegt ist (sogar im Staatsgrundgesetz), so hat der Staat dafür zu sorgen, daß der Religionsunterricht an alle Kinder ordnungsgemäß erteilt wird.

Es ist besonderer Wert darauf zu legen, daß die Verfassung den Religionsunterricht für alle Kinder obligatorisch festlegt. Wenn es späterem Gesetz überlassen ist, Zeit, Umfang und Art dieses Unterrichts, wie überhaupt der allgemeinen Schulpflicht zu umschreiben, so kann solches Gesetz aber nie über dieses „Alle" im Staatsgrundgesetz hinweg. Es kann kein Gesetz und keine Verfügung geben, die einen Teil der Kinder aus irgendeinem Grunde vom Religionsunterricht ausschließt oder den Staat seiner Verpflichtung zur Erteilung des Religionsunterrichts an einem Teil der Kinder mit irgendeiner Begründung enthebt. Vor allen Dingen kann irgendeine Zahl von irgendwo vorhandenen Volksschulkindern kein Bestimmungsfaktor für etwaige Entbindung des Staates von seiner Verpflichtung zur Erteilung des Religionsunterrichts sein.

Nun hat der Herr Unterrichtsminister auf eine Anfrage des Abgeordneten Graebe vom 12. September 1923 eine Antwort gegeben, in der es u. a. heißt: „Die Zahl der Lehrer evangelischen Bekenntnisses ist völlig ausreichend und den Schulbehörden ist kein Fall zur Kenntnis gegeben worden, daß Kinder evangelischen Bekenntnisses keinen Religionsunterricht hätten, wo ihre Zahl die vorgeschriebene Höhe von 12 erreicht." Daß dem Herrn Unterrichtsminister keine Fälle bekannt gegeben wurden, schließt nicht aus, daß welche vorhanden sind. Siehe das eingangs angegebene Material. Aber auf die Verschwiegenheit der unteren Schulbehörde soll hier nicht näher eingegangen werden. Nur die Zahl 12 soll uns beschäftigen. Ich habe vorhin ausgeführt, daß es gar kein Gesetz geben kann, das die Verpflichtung des Staates, an alle Kinder Religionsunterricht zu erteilen, aufhebt. Ein solches Gesetz wäre verfassungswidrig. In der Tat gibt es auch keins. Was hat denn aber wohl der Herr Minister gemeint? Vielleicht einen Passus aus dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922. Dort heißt es in Absatz 2 des Artikels 107: „Gehören wenigstens 12 dieser Schüler (Minderheitsschüler) derselben Konfession oder Religion an, so haben sie auf Antrag Minderheitsreligionsunterricht zu erhalten." Aber die Bestimmung hat für uns keine Bedeutung.

Es ist aber auch möglich, daß der Herr Minister alte preußische Verfügungen meint. Darin ist allerdings in bezug auf Minderheitenreligionsunterricht die Zahl 12 genannt. Wir wollen uns diese Verfügungen näher ansehen. Durch Verfügung des preußischen Kultusministers vom 1. Juli 1890 war bestimmt worden, daß wöchentlich zweimal 2 Stunden Religionsunterricht erteilt werden müsse in all den Fällen, wo die auf eine Unterrichtsstation vereinigte konfessionelle Minderheit die Zahl von 18 Kindern erreicht oder überschreitet. Wo weniger Kinder waren, mußten wöchentlich einmal 2 Stunden erteilt werden. In mehreren Verfügungen ist den unteren Behörden immer wieder eingeprägt worden, den konfessionellen Minderheitsunterricht unter keinen Umständen zu vernachlässigen. Dann wurde vom preußischen Kultusminister am 1. August 1902 folgende Verfügung erlassen (U. III. A. 2224, Wassow III. 218):

„Wenn bei einer Unterrichtsstation die Zahl der Schulkinder unter 12 herabgeht und vorauszusehen ist, daß sie sich dauernd auf diesem niedrigen Stande erhalten wird, findet es kein Bedenken, die Erteilung des Religionsunterrichts auf Kosten der Staatskasse bzw. unter Gewährung staatlicher Beihilfen einzustellen und es den betreffenden Kirchengemeinden zu überlassen, evtl. für die Fortsetzung des Unterrichts unter Bereitstellung kirchlicher Mittel Sorge zu tragen. Ich mache aber der Königlichen Regierung zur Pflicht, bei der Aufhebung von Unterrichtsstationen möglichst schonend zu verfahren und von dieser Maßnahme jedenfalls überall da abzusehen, wo ein Steigen der Zahl der Schulkinder auf 12 bzw. über 12 hinaus für die Zukunft zu erwarten steht oder wo eine entsprechende Vermehrung der Schülerzahl durch Zuweisung der Minderheiten aus anderen benachbarten Schulen oder durch Vereinigung zweier oder mehrerer Unterrichtsstationen zu einer Station möglich ist."

Das ist vielleicht die Verfügung, aus der unser Herr Unterrichtsminister die „vorgeschriebene" Zahl 12 herleitet. Darum wird es nötig, diese Verfügung etwas genauer anzusehen. Durch diese Verfügung hat der preußische Staat seine grundsätzliche Verpflichtung zur Versorgung der Minderheitskinder mit Religionsunterricht keineswegs bestreiten wollen, obwohl in seinem Staatsgrundgesetz meines Wissens eine diesbezügliche Verpflichtung nicht besonders festgelegt war, wie in unserer Verfassung. Der preußische Staat trat nur in gewissen, in der Verfügung bezeichneten Fällen diese Verpflichtung an die Kirche ab. Im übrigen ist das, was über die abwartende Haltung, über Zuweisung von benachbarten Kindern und die Zusammenlegung zweier „Stationen" gesagt ist, so tolerant und entgegenkommend, daß man wünschen könnte, die religiösen Minderheiten würden überall in der Welt in diesem Geiste behandelt.

Mir ist bei uns in Polen keine Verfügung bekannt, in der der polnische Staat in gewissen Fällen (also etwa wenn nur 12 Kinder auf einer Religionsstation vorhanden sind), seine Verpflichtung zur religionsunterrichtlichen Versorgung der Kirche überträgt. Wie es in der Praxis mit dem Entgegenkommen der Schulbehörden gegen die Kirche bestellt ist, wenn diese in Einzelfällen die religionsunterrichtliche Versorgung übernehmen will, werden die Herren Geistlichen am besten wissen. Ich mag mich auch darüber nicht weiter verbreiten. Das eine kann ich nur sagen, daß im Sejmbureau manche Klagen über Bereitung von Schwierigkeiten und über Verbote der Erteilung evangelischen Religionsunterrichts durch Geistliche eingelaufen sind. Und wie es mit dem Willen, zwei Religionsstationen zusammenzulegen, bestellt ist, will ich nur an zwei Beispielen beleuchten. Erstens: In Simkowo, Kr. Schwetz, müssen 32 evangelische deutsche Kinder in die polnische Schule gehen. In dem 1½ Kilometer entfernten Dorfe Branka gibt es 5, und in dem ebenfalls 1½ Kilometer entfernten Lubochic 9 evangelische deutsche Kinder. In allen drei Orten haben diese Kinder keinen evangelischen Religionsunterricht. Könnte man diese 46 evangelische deutsche Kinder, wenn nicht zu einer deutschen Minderheitsschule in Simkowo, so doch wenigstens zu einer evangelischen Religionsstation zusammenlegen? Zweitens: In Jesiorki, Kreis Schwetz, sind 30, in Karolewo 21, in Bladzimin 5 evangelische deutsche Kinder in die polnischen Ortschulen eingeschult. Karolewo ist 1 Kilometer, Bladzimin 3 Kilometer von Jesiorki entfernt. Auch diese 46 Kinder der drei dicht beieinander liegenden Ortschaften haben keinen evangelischen Religionsunterricht. Ich stelle dieselbe Frage wie im ersten Falle: Sollten die Schulbehörden sich tatsächlich noch auf die preußische Verfügung vom 1. August 1902 stützen, so darf die deutsche Minderheit wohl ganz bescheiden bitten, daß man sich weniger an die tote Zahl 12 halte, als an den lebendigen, wohlmeinenden Sinn.

Als Ergebnis der Betrachtung ist festzustellen: **Der Staat hat die Verpflichtung, für die religiöse Unterweisung aller, also auch der evangelischen Minderheitskinder, zu sorgen. Will sich der Staat dieser Verpflichtung unter gewissen Umständen entledigen, so muß er sie einer anderen Institution, am besten der evangelischen Kirche übertragen. Eine solche Übertragung ist bis jetzt nicht geschehen, also besteht die ungeschmälerte Pflicht des Staates. Die Ausführungspraxis der Schulbehörden weist erhebliche Lücken auf.**

Zum Schluß will ich noch zwei preußische Verfügungen hinsetzen, welche dartun, wie die Schulabteilungen der preußischen Regierung (die dieselben Funktionen hatten wie die heutigen Kuratorien) die Versorgung der Minderheitskinder mit Religionsunterricht auffaßten. Am 20. Mai 1889 richtete die Kgl. Regierung zu Bromberg an sämtliche Kreisschulinspektoren folgenden Runderlaß (Nr. 1588 U. II. Waschow I. S. 510):

„Noch immer erhalten in vielen Schulen unseres Bezirkes die sogenannten konfessionellen Minderheiten nicht den ihnen gebührenden konfessionellen Religionsunterricht. Diesem Übelstande nach Möglichkeit abzuhelfen, haben die Herren Kreisschulinspektoren als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten, und wir machen sie hiermit dafür verantwortlich, daß kein Schulkind im Ihrem Aufsichtsbezirke ohne triftigen Grund des regelmäßigen, schulplanmäßigen konfessionellen Religionsunterrichts fernerhin entbehre.

Euer Hochwohlgeboren wollen deshalb die Verhältnisse der Ihnen unterstellten Schulen nach dieser Richtung einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und sich die Versorgung der konfessionellen Minderheiten mit dem erforderlichen Religionsunterricht unter Beachtung der folgenden Gesichtspunkte angelegen sein lassen.

In erster Linie ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Kinder der konfessionellen Minderheit ihren Religionsunterricht in der eigenen Schule von einem benachbarten Lehrer ihrer Konfession erhalten. Erscheint dies aus triftigen Gründen (geringe Kinderzahl, Mangel an Geldmitteln, Mangel eines geeigneten Lehrers) nicht ausführbar, so ist zu prüfen, ob die betreffenden Kinder an dem Religionsunterricht ihrer Konfession in einer benachbarten Schule

---

Mente.

Roman von E. Vely.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Der Wagen hielt vor einem Hause in der Potsdamer Straße; Hüte im Schaufenster, das war einladend — Celine Schultz stand in großen goldenen Buchstaben auf einem Schilde. Ihr Ledertäschchen in der Hand, folgte sie Herrn Wenkstern.

Die Ladentür bimmelte nicht so mächtig, wie bei ihnen in Wilrode, daß man es durchs ganze Haus und bis in den Garten hören konnte; ein einziges scharfes „Bing" war's. Eine warme, parfümierte Luft drang ihnen entgegen.

Zwei weibliche Gestalten bewegten sich hin und her in dem Raum, die eine vor dem geöffneten großen Glasschranke, die andere neben dem Ladentisch; man konnte sie zweimal sehen: in den Spiegeln der Seiten- und Rückwände. Im Hintergrunde war eine durch einen türkischen Vorhang verdeckte Tür.

Beim Ton der Glocke wandte sich eine große Gestalt um, sie war hager und hatte ein blasses Gesicht.

„Ah, Herr Wenkstern, so spät noch?"

„Sie wissen ja, je später der Abend . . . Fräulein Celine, und Sie wissen auch, daß ich Wort halte, zuverlässig! Und da —"

Er machte eine Bewegung nach Mente hin. „Da ist, was ich Ihnen versprochen, die kleine, nette Gehilfin!"

„Ach —" Ziemlich langgezogen war der Ton. „Daß Sie so schnell Wort halten würden —"

Sie hatte ein angenehmes Gesicht, eine feine Nase, große, graue Augen, unter denen tiefe Schatten lagen; etwas Verhärmtes war über ihr. Sie trug ein schwarzes, modisches Kleid und hatte das braune Haar hochgenestelt und mit einem silbernen Pfeil gehalten.

„Wenkstern ist eben Wenkstern — und Ihr ganz besonderer Freund, Fräulein Celine!"

„Ja, ja, freilich!" Sie stützte die Hand, die lang und sehr weiß war, gegen die Kante des schwarzen Ladentisches, um den als Verzierung ein goldener Strich lief, und sah wie prüfend nach der Angekommenen hinüber.

Die andere stand hinter ihr; sie war sehr jung noch, klein und gedrungen, mit einem ganz hübschen und knabenhaft kecken Gesicht schaute sie um sich, ein weißer Hals bog sich über der feuerroten Bluse hin und her; das Band, welches sie eben hatte wegräumen wollen, hielt sie in den Fingern.

Mente Bernhard hatte vorerst wieder ihr Staunen an den Sachen. Solche Hüte — weit schöner und bunter noch, als sie aus den Musterkoffern des Onkel Wenkstern zutage kamen, und die Spiegel und großen Schränke und schimmernden Feder- und Blumentuffs! Und das flackernde Licht in den großen Glasglocken und die dunstige und parfümierte Luft.

„Im Augenblick wären wirklich hilfreiche Hände genug da!"

Die kleine Putzmacherin nickte mit etwas boshaftem Lächeln.

„Es ist keine so eilige Zeit —"

„Ja, Fräulein Celine, sie sagten doch —"

„Nun gewiß, das Fräulein kann eintreten, unter bescheidenen Bedingungen. Ich weiß ja, sie kommt nicht ganz ungeschickt, — und ich bin wohl auch zu einer Änderung über kurz oder lang genötigt."

Hinter ihr wurde eine Grimasse geschnitten, das sah Mente im Spiegel.

„Na, dann wäre es ja abgemacht, und ich kann mich empfehlen! Die Sachen von Fräulein Bernhard kommen per Fracht. Fräulein Celine, ich hoffe das Beste! Kleine Mente, meine Lebensregel: freundlich, höflich, dienstbereit nicht vergessen — was? Und morgen schreibe ich eine Karte an die Mutter, daß wir in Berlin sind, wohlbehalten und vergnügt." Er hatte die Hand schon am Türgriff.

„Aber, Herr Wenkstern," rief die Putzmacherin, „Sie wollen mir doch Ihren Schützling nicht da so auf dem Halse lassen?"

Er drehte sich ganz bestürzt um.

„Ja, ich — ich kann aber unmöglich — und Sie sagten ja damals, daß Sie auch für Unterkunft sorgen würden!"

Er machte ein klägliches Gesicht und streckte die Arme weit ab von seinem rundlichen Körper.

„Aber so plötzlich läßt sich das nicht machen —" und Fräulein Schultz schüttelte ratlos den Kopf.

„Das wäre ja, sozusagen, eine schöne Verlegenheit, in die ich mich gebracht hätte!" meinte Wenkstern.

Mente stand da, als ginge sie das alles gar nichts an; sie blickte von den Menschen wieder nach den Sachen, nach dem Laternenschein draußen, den vorübergleitenden Gestalten.

„Ja, Mente, was denn nun?" fragte der Reisende.

„Nun?" wiederholte sie.

„Wenn wir das in Wilrode gewußt hätten —" er war beinahe böse.

„Jott," rief da eine helle Stimme hinter ihr, „wenn's weiter nichts is, und wenn sie doch mal hier mit uns sein soll, da können Anna oder ich sie diese Nacht mitnehmen, kommt uns nich drauf an, — 'ne Kollegin, die sich hier nich auskennt, da schränkt sich unsereiner schon mal ein!"

„Nein," sagte die Inhaberin des Geschäfts kurz und unwillig, „sie bleibt hier!"

Ein Achselzucken der kleinen Putzmacherin; während sie das gelbe Band nun vollends aufrollte, bewegte sie das Köpfchen, als summe eine Tanzmusik durch dasselbe.

„Das wäre freilich das einfachste." Wenkstern tat einen tiefen, erleichternden Atemzug. „Ach, nur keine Umstände, Fräulein Schultz, gar keine. Die kleine Mente ist ja von Haus aus die Bescheidenheit selber. Nicht wahr? Sehen Sie sie man nur mal an! Liegt ja so drin. Ne tüchtige und strenge Frau, die Mutter — alle Achtung! Na, unter Ihrem Schutz kann ich sie ja nun beruhigt lassen!"

(Fortsetzung folgt.)

teilnehmen oder zum Zweck einer Neueinrichtung dieser Art mit Kindern aus anderen Schulen vereinigt werden können. In solchen Fällen kann es sich unter Umständen empfehlen, den Unterricht nicht an einem Schulorte, sondern an einem anderen günstig gelegenen Orte erteilen zu lassen, sofern ein geeigneter Unterrichtsraum von einer beteiligten Familie zur Verfügung gestellt wird oder sich anderweit beschaffen läßt.

In anderen Fällen wird die Umschulung der des konfessionellen Religionsunterrichts entbehrenden Kinder in eine benachbarte Schule ihrer Konfession behufs Teilnahme an dem gesamten Unterricht ins Auge zu fassen sein."

Am 14. Januar 1903 gab die Bromberger Regierung an alle Kreisschulinspektoren folgende Verfügung heraus (Nr. 254, T. U. D. II. Waschow S. 218):

„Indem wir es den Herren Kreisschulinspektoren zur Pflicht machen, sich diesen Unterricht (religiösen Unterricht an die Minderheitskinder) genau so wie jeden anderen angelegen sein zu lassen, bemerken wir, daß wir in Zukunft, bei minderwertigen Leistungen in dem fraglichen Unterricht nicht bloß dem Lehrer, sondern auch den betr. Schulaufsichtsbeamten zur Verantwortung ziehen lassen werden."

Diese Verfügungen sind sehr beachtenswert.

Paul Dobbermann.

Aus der polnischen Presse.

Die „Großpolnische Volkswehr" bittet die Juden um milde Gaben.

Wie die Posener „Prawda" in ihrer Nr. 47 berichtet, verlas in der Freitagssitzung des Verwaltungsausschusses des Sejm der Abg. Grünbaum ein von einem Herrn Szykowny unterzeichnetes Schreiben der Posener „Wielkopolska Straż Narodowa" an den Rabbiner Dr. Freimann in Posen, in dem die Posener jüdische Gemeinde um materielle Unterstützung der „Straż Narodowa" gebeten wird. Das Schreiben war in deutscher Sprache abgefaßt. Die „Prawda" schreibt dazu: „Die extremsten Antisemiten wenden sich an die jüdische Gemeinde und bitten sie durch Vermittelung ihres Rabbiners um Geld zur Fortführung der Agitation unter der Parole „Fort mit den Juden" — für jüdisches Geld."

Das Ende der Legende von der Strażnica.

Der „Głos Prawdy" schreibt: „Am 20. Februar im Jahre des Herrn 1924 also am dritten Tage nach Übernahme der Leitung des Kriegsministeriums durch Herrn General Sikorski, meldete sich der Posener Wojewode Graf Bniński zur Audienz beim Ministerpräsidenten und berichtete ihm beschämten Antlitzes wie folgt: Der Kommandierende General des Posener Korpsbezirks, General Raszewski, teilte ihm, dem Wojewoden, freundnachbarschaftlich mit, daß die genaue Prüfung der „Strażnica"-Angelegenheit ergeben hätte, daß eine solche Organisation nicht besteht. Die Strażnica ist ein Produkt der Phantasie, und zwar angeblich der Phantasie des Chefs der Abteilung II des Stabes des Posener Generalkommandos, Oberst Boczkowski, der die Legende von der geheimen Tätigkeit des jetzigen Kriegsministers so geschickt konstruierte, daß General Raszewski wider seinen Willen daran glauben mußte. Jetzt verspricht der General feierlich, den Verfasser der Legende von der Strażnica zu strenger Verantwortung zu ziehen."

Eine polnische Stimme für die Rechte der Minderheiten.

Der „Głos Prawdy" bekämpft in einem Aufsatz unter der Überschrift: „Der polnische Parlamentarismus und die nationalen Minderheiten" die Theorie der Nationaldemokraten, nach der nur eine rein polnische Mehrheit das Recht hätte, in Polen zu regieren und es ein Verrat und ein Verbrechen wäre, wenn die in Polen Regierenden sich auf die nationalen Minderheiten stützen würden. Das polnische Blatt schreibt:

„Die Verfassung vom 17. März 1921 kennt eine solche Theorie nicht, wie sie gemäß den Grundsätzen der Demokratie überhaupt keine verschiedenen Kategorien von Bürgern unterscheidet. Die praktische Anwendung dieser Theorie wäre auch nur in dem Falle möglich, wenn die völkischen Minderheiten freiwillig ihre Zustimmung dazu äußerten, daß sie lediglich beratende Stimme haben und sich in allen Fragen, die über das Schicksal der Regierung entscheiden, der Stimme enthalten. Im gegenteiligen Falle könnte es somit immerwährend vorkommen, daß ein Kabinett, das allen Anforderungen der nationaldemokratischen Doktrin entspricht, d. h. mehr als die Hälfte der Stimmen aller polnischen Abgeordneten hinter sich hat, nach den in Europa allgemein gebräuchlichen Grundsätzen von der tatsächlichen Mehrheit gestürzt werden würde. Umgekehrt könnte sich eine „Regierung des Volksverrats", die sich nicht nur des Vertrauens der polnischen Demokratie, sondern auch der Staatsbürger anderer Nationalität erfreuen würde, jedem nationalistischen Dogma zum Trotz, recht lange am Leben erhalten.

Noch niemand hat es vermocht, die fremden Nationalitäten mit der Idee des Staates auf dem Wege einer beständigen Aufreizung und Verfolgung auszusöhnen, wie dies die nationaldemokratische Richtung in unseren Grenzmarken systematisch tut. Die Zuerkennung der den Minderheiten gebührenden Rechte ist keine Belohnung für gutes Verhalten, sondern eine Pflicht, die sich aus unserer Verfassung ergibt.

Für einen der beiden Wege muß man sich entscheiden. Entweder man ist ein logischer und konsequenter Nationalist, und dann muß man sich auf die streng ethnographischen Grenzen beschränken, damit diese nur eine kleine Gruppe nationaler Minderheiten einschließen, und dann darf man auch nicht ausrufen, wie unsere Nationalisten vor 5 Jahren: „Es gibt kein Polen ohne Minsk, ohne Kamieniec" — oder aber man tritt, wenn man die Grenzen des Staates etwas weiter stecken will, aus dem Rahmen des engen Nationalismus heraus, um entweder ein konservativer Imperialist zu werden, der sich am alten römischen Recht und nicht an den Broschüren Dmowskis ein Vorbild nimmt, oder was noch besser ist, man geht von den Anschauungen der neuzeitlichen Demokratie aus, die unter der Losung der Gleichheit und Brüderlichkeit einen Weg zur Verständigung mit den anderen völkischen Gruppen sucht.

Ständig auf die niedrigsten Instinkte der Massen anzuspielen, wird der Nationaldemokratie auf die Dauer nichts nützen. Sie schätzt die Denkfähigkeit des polnischen Volkes denn doch zu niedrig ein.

Der Lärm, den die Nationaldemokratie bei jeder Gelegenheit schlägt, ist um so weniger gerechtfertigt, als unsere völkischen Minderheiten bei der Bildung einer demokratischen Regierung niemals Ministersessel für sich beanspruchen. Sie fordern nur die Anerkennung der ihnen von der Verfassung gewährleisteten Rechte."

Aus der Sowjetunion.

Ein neues Attentat gegen Trotzki.

„Stockholm Tidning" erfährt aus Moskau: Nach Meldungen aus Suchum (Trans-Kaukasien) wo Trotzki sich gegenwärtig aufhält, wurde dort ein Attentat gegen ihn verübt. Zwei mit Revolvern und Handgranaten bewaffnete Personen versuchten in das Landhaus Trotzkis einzudringen. Bei ihrer Verhaftung gaben sie Feuer. Sie wurden aber selbst niedergeschossen.

Angriffe gegen Sinowjew.

Großes Aufsehen erregt in Moskau eine von der Opposition inspirierte Flugschrift, in der gegen Sinowjew der Vorwurf erhoben wird, daß er mehr als ein Drittel der russischen Goldfonds für die Agitation der dritten Internationale in entlegenen Ländern, wie Südamerika und Südafrika, in völlig unkontrollierbarer Weise verausgabt habe, während russische Fabriken aus Mangel an Betriebskapital geschlossen wurden, und das russische Proletariat Hunger leide.

Unter welchen Bedingungen Rußland seine Seestreitkräfte vermindern würde.

Das „Berl. Tagebl." erfährt aus Rom, daß auf der dort tagenden internationalen Konferenz über die Abrüstung der Seestreitkräfte der russische Admiral Berens erklärt hat, daß Rußland, von vier Seiten vom Meer umgeben, auf das Problem realistisch schauen müsse und gezwungen sei, seine Flotte zu halten. Doch sei Rußland bereit, seine Seestreitkräfte um 400000 Mann unter folgenden Bedingungen zu reduzieren: 1. Die Großmächte verpflichten sich, daß die Herrschaft über das Schwarze Meer unter Ausschluß der Großmächte den Uferstaaten überlassen wird. 2. Die Dardanellen bleiben für jegliche Kriegsschiffe fremder Staaten geschlossen. 3. Die Ostsee wird von den Uferstaaten beherrscht.

Um die Aufwertungsfrage.

Zur Aufwertungsfrage wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß bisher in allen ausländischen Staaten, wo unter ähnlichen Verhältnissen wie sie gegenwärtig herrschen, Entscheidungen zu treffen waren, das Normalprinzip zur Geltung kam. D. h. die Währungseinheit ist ganz unabhängig von Entwertung für Tilgung von Schulden. In vielen Staaten ist also ein unbedingtes **Aufwertungsverbot** erlassen worden, so namentlich in **Frankreich,** den **Niederlanden, Italien** und **Amerika.**

Bezüglich der Rechtsgültigkeit der Steuernotverordnungen (wie sie in Deutschland besteht) wurde geltend gemacht, daß diese Verordnung ganz im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes getroffen worden sei. Es ist bedauerlich, wenn durch Gerichtsurteile Unruhe entstanden ist. Die Aufwertung von 15 v. H. in Deutschland, ist bestimmt worden, um der in weiten Kreisen des deutschen Volkes bestehenden Auffassung gerecht zu werden. Es ist ja jetzt notwendiger als je, auf wirtschaftlichem Gebiet und in wirtschaftlichen Fragen zu beruhigen. Die Kreditnot ist äußerst scharf. Die Fälligkeit der 15 v. H. Aufwertung mußte bis zum Jahre 1832 verschoben werden, weil ja Ersparniskapitalien zur sofortigen Regelung nicht vorhanden sind.

Entschädigung der Besitzer österreichisch-ungarischer Kronennoten.

Von amtlicher Seite wird zur Frage der Entschädigung der früheren Besitzer österreichisch-ungarischer Kronennoten mitgeteilt:

Die Vorarbeiten zur Verteilung der aus der Liquidationsmasse der Österreichisch-ungarischen Bank in Wien auf die Eigentümer der eingereichten alten ungestempelten österreichisch-ungarischen Kronennoten entfallenden Quote sind nunmehr abgeschlossen. Auf je 100 Kronen der eingereichten einzelnen Noten-Kategorien entfallen folgende Beträge:

Kategorie 1 (vor dem 27. 10. 18 ausgegebene Noten, die sich am 15. 6. 19 außerhalb des Gebietes der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie befunden haben): 1,15 Goldkronen;

Kategorie 2 (vor dem 27. 10. 18 ausgegebene Noten, die sich am 15. 6. 19 nicht außerhalb des Gebietes der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie befunden haben): 1 Goldkrone;

Kategorie 3 (nach dem 27. 10. 18 ausgegebene Noten): 0,15 Goldkronen.

Der Gegenwert wird den Verbindungsstellen, die die Einsendung seinerzeit an die Zentralsammelstelle bewirkt haben, in den nächsten Tagen, abzüglich der erwachsenden Spesen, in Rentenmark zur Verfügung gestellt, von wo die auf die einzelnen Eigentümer entfallenden Beträge gegen Einlieferung der 3. Ausfertigung der Nummernverzeichnisse oder entsprechender Legitimation ausbezahlt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß durch die mangels vorhandener Goldkronen nötig gewesene Umwechslung ein Umrechnungskurs von 0,81 Rentenmark zugrunde zu legen ist. Die seinerzeit zu Unrecht eingereichten, mit echten Stempeln der Nachfolgestaaten versehenen Noten, die die Liquidationskommission als an der Quote nicht teilnahmeberechtigt ausgesondert und zurückgegeben hat, werden den Eigentümern gleichzeitig wieder ausgefolgt werden.

England und der Völkerbund.

Aktive Propaganda.

Lord Robert Cecil, der unermüdliche Vorkämpfer des Völkerbundes und des Pazifismus, bedient sich neuerdings der drahtlosen Telephonie, um für seine Ideen Propaganda zu machen. In einem Rundfunkspruch an das englische Volk sagt er, daß heute nur einige hunderttausend Soldaten weniger in Europa wären als vor dem Kriege. Außerdem besäße aber jedes Lande große Reserven und demobilisierte Soldaten, und das Wehrpflichtsystem wäre in den meisten Kontinentalstaaten heute noch mit größerer Strenge durchgeführt als vor dem Kriege. Dann habe die Wissenschaft eine ganze Serie neuer Kriegsmaschinen erfunden. Es heiße, daß nach dem Kriege Gase erfunden worden seien, weit schrecklicher, als man sie im Kriege gekannt habe, und daß hundertmal wirkungsvollere Bomben jetzt auf die Städte wie London geschleudert werden könnten. Er habe nie etwas davon gehört, wie man sich hiergegen verteidigen könne. Die einzige Sicherheit vor diesen Schrecknissen liege in der Verhütung ihres Ausbruches, und wenn man dem Völkerbund Zeit lasse, so glaube er, daß er sich wohl bewähren könne.

Die scharfen Angriffe, die der „Manchester Guardian" gegen den Völkerbund gerichtet hat, weil er in seinem Appell für die Unterstützung der Wissenschaften Deutschland übergangen habe, hat in hiesigen Völkerbundskreisen begreifliches Aufsehen erregt. Wie der „Manchester Guardian" von einer hiesigen Völkerbundsautorität erfahren hat, fehlt Deutschland nur aus dem Grunde auf der Liste, weil dort noch keine Schritte zur Bildung eines Komitees ergriffen worden seien. Denn dieses Komitee sei der Kanal, durch den die Gaben den Universitäten der verschiedenen Länder zufließen müßten. Wenn es solches Komitee in Deutschland gebe, so wäre es unmöglich, die Bitte der deutschen Universitäten um Hilfe zu ignorieren. Das ganze Übel könne somit durch die Bildung eines deutschen nationalen Komitees, zu dem der Appell geradezu auffordere, geheilt werden.

Der Hitlerprozeß.

Maßnahmen der Regierung.

Am heutigen Dienstag beginnt in München der Hitlerprozeß, und zwar in der Infanterieschule. Einer der größten Prozesse der Nachkriegszeit. Wie die Auswirkungen sein werden, das kann heute noch niemand sagen. Wünschenswert für Deutschland wäre, wenn über dem ganzen Prozeß der einzige Gedanke stünde: „Der Staat ist das wichtigste!"

Die Vorbereitungen zu diesem Prozeß sind sehr groß. Der Straßenblock, in dem sich die Infanterieschule befindet, ist vollkommen abgesperrt worden. An allen Straßenkreuzungen sind Polizisten und Reichswehrsoldaten mit Maschinengewehren aufgestellt. Am heutigen Dienstag wird eine vollkommene Verkehrssperre in allen den Straßen zu erwarten sein, die nach den großen Gebäuden führen. Es ist gleichfalls verboten, die Bannmeile zu betreten; Ansammlungen über drei Personen sind verboten. Die Landespolizei ist durch Kommandos von außerhalb verstärkt worden. Die Reichswehr wird durch nordbayerische Truppen unterstützt. Hitler und seine Mitangeklagten sind Montag nacht von Landsberg am Lech nach München überführt worden.

In kurzen Worten.

Der albanische Ministerpräsident Zogu wurde im Sitzungssaal der Konstituante in Tirana von einem Studenten durch drei Revolverschüsse leicht verletzt. Der Attentäter befindet sich in Haft.

*

Die deutschvölkische Organisation „Deutscher Herold" ist gestern vom Oberbefehlshaber von Berlin abermals verboten worden.

*

Der Abg. Hoffmann-Schmargendorf, der aus der sozialistischen Partei und der Reichstagsfraktion ausgeschieden ist, hat sich den Kommunisten angeschlossen, desgleichen die Reichstagsabgeordnete Frau Eichler.

*

Oberleutnant Roßbach hat von der österreichischen Regierung die Erlaubnis erhalten, sich im Lande Salzburg aufhalten zu dürfen. Er mußte jedoch die Verpflichtung eingehen keine Tätigkeit gegen die Republik Österreich auszuüben.

*

Morgen, Mittwoch, beginnen in Warschau die Verhandlungen der deutschen mit der polnischen Regierung in den Fragen der Option und Rechtshilfe. Vorsitzender ist der Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes in Berlin, von Stockhammern.

*

Das italienische Königspaar wird im Juni am Madrider Hof einen Gegenbesuch abstatten.

Letzte Meldungen.

Ein kommunistischer Umsturz in Bulgarien?

Berlin, 26. Februar. Die Meldungen aus Athen, in denen von einem kommunistischen Umsturz in Bulgarien berichtet wird, entbehren noch jeder Bestätigung. Der Pariser bulgarische Gesandte ist der Ansicht, dementieren zu können, während die Berliner bulgarische Gesandtschaft mitteilt, daß sie seit drei Tagen mit Bulgarien nicht mehr in telegraphische Verbindung kommen konnte und daher nicht in der Lage ist, zu bestätigen oder zu dementieren.

Die allgemeine Lage Bulgariens ist seit langem bekannt. Im Sommer 1923 versuchten die Kommunisten bereits einen Umsturz zu inszenieren. Damals ist der Versuch gescheitert. Sie haben ihre Absichten nicht aufgegeben und, unterstützt von serbischen Waffen und serbischem Geld, sich weiter bemüht, ihrem Ziele zuzustreben.

Außenpolitisch besteht zwischen Bulgarien und Serbien ein gespanntes Verhältnis. Sowohl die bulgarische wie die serbische Presse behauptet, daß die Absicht bestünde, die gegenseitigen Nachbarländer mit Krieg zu überziehen. Ob daran etwas Wahres ist, kann niemand feststellen. Immerhin ist aber ein gespanntes Verhältnis da, und es ist darum nicht undenkbar, daß die bulgarischen Kommunisten, unterstützt von den Serben, die Gewalt an sich zu reißen versuchen. Die Bestätigung dieser Meldung muß noch abgewartet werden.

Rußland bittet England um Kredit.

London, 26. Februar. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" macht Angaben über Schritte, die Rakowski zur Erlangung britischer Kredite unternommen habe. Rakowski hätte sich bei maßgebenden Banken nach den Bedingungen erkundigt, unter denen Rußland einen Kredit von 30—50 Millionen Pfund erlangen könnte. Er erhielt die Antwort, daß ein solches Ersuchen seitens der russischen Regierung nur berücksichtigt werden könne, wenn sie sich zur Anerkennung der vor und während des Krieges gegenüber England eingegangenen Schuldverpflichtungen entschließe und bereit sei, die britischen Untertanen, deren Besitz von den Bolschewisten beschlagnahmt wurde, zu entschädigen. Einige Tage später zeigte Rakowski den betreffenden Persönlichkeiten ein aus Moskau eingegangenes Telegramm, demzufolge diese Bedingungen von den Sowjets angenommen wären.

Neues vom Tage.

§ **Selbstmord eines Untersekundaners.** Der Untersekundaner Pohlmann von der Treitschke-Realschule in Wilmersdorf stürzte sich im Schulgebäude vom 3. Stockwerk in den Lichthof des Treppenhauses. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der Schüler hatte zu Weihnachten eine schlechte Zensur erhalten und die Unterschrift durch seine Eltern trotz Ermahnung durch die Lehrer immer wieder verzögert. Daraufhin wurde nun die Mutter des Jungen in die Schule gebeten.

§ **Eine Familientragödie.** Die tschechoslowakische Staatsangehörige Koncky, eine 44jährige Fabrikarbeiterin, hat in Zittau eine grauenhafte Bluttat verübt. Da ihr Mann seit dem Kriege vermißt wird, leidet sie an Schwermutanfällen. In einem solchen Anfalle schnitt sie ihrem 20jährigen Sohne Karl im Schlafe mit einem Messer die Kehle durch und versuchte dann, ihren anderen, 16jährigen Sohn Franz mit einem Beile zu erschlagen. Dieser wachte noch im letzten Augenblick auf und wehrte die Mutter ab, so daß er nur verwundet wurde. Hierauf versuchte sie auch ihm die Kehle durchzuschneiden, doch gelang es ihm, zu fliehen. Nachbarn riefen die Polizei herbei, die die Frau mit einem Schnitt am Halse röchelnd am Boden fanden. Sie und der jüngere Sohn wurden ins Krankenhaus geschafft. Der ältere Sohn war bereits tot.

§ **Deckeneinsturz in einem Festsaal.** Nach Abschluß des 1000. Konzerts des Schubert-Bundes fand im Mozartsaale des Konzerthauses in Wien ein Festessen statt, an dem mit anderen Ehrengästen auch der deutsche Geschäftsträger teilnahm. Während der offiziellen Reden senkte sich nach verdächtigem Knistern plötzlich ein Teil der Saaldecke, was die Tischgäste veranlaßte, sich schnell in einen nicht gefährdeten Raum zurückzuziehen. Gleich darauf stürzten etwa 12 Quadratmeter Stukkatur auf die Festtafel herab. Von den Gästen ist niemand verletzt. Als Ursache des Einsturzes wurde ein Wasserrohrbruch festgestellt.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Statt Karten.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter

Ida

mit dem Wirtschaftsinspektor, Herrn

Friedrich Ursel

aus Międzybórz geben hiermit bekannt

Julius Wiesner u. Frau
Ida, geb. Reschke.

Sobótka (pow. Pleszew), den 25. 2. 1924.

Meine Verlobung mit Fräulein

Ida Wiesner,

Tochter des Oberinspektors, Herrn Wiesner in Sobótka und seiner Gemahlin Frau Ida, geb. Reschke, beehre ich mich anzuzeigen

Friedrich Ursel.

Międzybórz, den 25. 2. 1924.
(p. Książ, pow. Srem).

Neu eingetroffen

und sofort vom Lager lieferbar sind:

Original Sack'sche Tiefkulturpflüge R. 14 M N,
Ia Sack'sche Stahlschare u. Streichbretter,
Ia Ventzki Stahlschare und Streichbretter,
Ventzki Kultivatorzinken u. Schare hierzu passend,
Westfälische Häckselmesser in Ia Qualität bis 24 Zoll lang, vierkant Drahtnägel in Längen von 2 bis 10 Zoll,
Lager und Lötmetalle.

Schiller & Beyer, Poznań

ul. Towarowa 21.

Maschinen u. Eisenwaren für die Landwirtschaft.

Landgrundstück, 5—10 Morgen,

mittlerer Boden, mit guten Gebäuden, per Kasse in Frank- oder Zło y-Währung **sofort zu kaufen gesucht.** Werte Zuschriften mit Preisangabe an **St. Grzechowiak, Dom. Borowo, p. Czempin.**

Zur Frühjahrspflanzung

empfiehlt alle Arten **Obst- u. Alleebäume,** auch **Pfirsich-, Frucht- u. Ziersträucher, Heckenpflanzen,** hohe und niedrige **Rosen, Stauden-, Spargel- u. Erdbeerpflanzen.**

Aug. Hoffmann, Baumschulen, **Gniezno.**

Kartoffel-dämpfer

mit und ohne Kippvorrichtung

fertigt in allen Größen an

Waldemar Schütz

Rogoźno (Wielkop.), ul. Kotlarska 216.



Mittel-Sorte A.

Suche in guter Gegend eine

Landschmiede

nebst Wohnung in Pacht. Ang. u. **T. 5599** a. d. Geschäft. d. Bl.

Verschiedenes

Französisch. und engl. Unterricht

erteilt gewissenhaft gegen mäßiges Honorar.
Gefl. Offerten unt. **B. 5550** an d. Geschäftsst. d. Blattes.

Umsatz- Einkomm.-Steuer-Erkl., Buchf. u. Abschluß-Arb., poln. Uebers. werden fachgem. ausgef. **R. Schild, Przemysłowa 36, III** (fr. Margaretenstr.) (5608

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß

1. der Sekretär **Bruno, Erich Roppelt,** wohnhaft in **Herne,**
2. die gewerblose **Elvira Ruppelt,** wohnhaft in **Herne,**

die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in der Gemeinde **Herne** und in einer **Posener Zeitung** zu geschehen. (5609

Herne, am 21. Febr. 1924.
Der Standesbeamte.
J. V.: Cremer.

Tausche bis auf weiteres

Schmutzwolle 4 zu 1 Pfd.

gewaschene Wolle

3 zu 1 Pfund

gegen prima ausländische Wolle.

„TEKSTYL", Poznań

Kantaka 6 (Ecke św. Marcin)

Telephon 3090. Telephon 3090.

Achten Sie bitte genau auf die Firma!

Zu verkaufen:

ca. 200 Stück Biertransportfässer 25 bis 60 Liter,
ca. 40 Stück Bierlagerfässer 15 bis 40 Hektoliter,

gebraucht, doch tadellos erhalten.

Schloßbrauerei Czarnków.

Fenster-Glas

Ornament-, Roh-, Drath- und **Gartenglas, Ia Glaserkitt, Spiegel** usw. empfehlen
Polskie Biuro Sprzedaży Szkła, dawn.: **M. Fuss, Poznań,** Male Garbary 7a. Telephon 2863.

BRESLAU

Frühjahrs-Messe

9.—11. März 1924

Alle Auskünfte über Pass-, Einreisewesen, Unterkunft etc., sowie Vorverkauf von Einkäuferkarten durch Fritz Meyerstein, Generalagent der Firma Rudolf Mosse, Poznań, ul. Wroniecka 12 oder das

Breslauer Messeamt.



Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 26. 2., 7½ Uhr: **„Der Barbier von Sevilla"**, Oper von Rossini.

Mittwoch, den 27. 2. 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron"**, Komische Oper von Strauß.

Donnerstag, den 28. 2., 7 Uhr: **„La Bohème"**, Oper von Puccini.

Freitag, den 29. 2., 7½ Uhr: **„III. Abend der Tanzkunst"**.

Sonnabend, den 1. 3. 7½ Uhr: **„Kuhreigen"**, Oper von Kienzl.

Sonntag, den 2. 3., nachmittag: **„Das Schloß in Czorsztyn"**, Oper von Kurpiński und **„Hochzeit in Ojcowo"**, Ballett von Kurpiński und Stefani. Ermäßigte Preise.

Sonntag, den 3. 3., abends: **„Carmen"**, Oper von Bizet.

Ein größer. Platz

mit Speichern, Stallungen, Kontor (evtl. Gleisanschluß) in Poznań pachtweise oder zu kaufen gesucht.
Offerten unter **Nr. 5612** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat März 1924

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Original-Saatkartoffeln

Wiktor Dołkowski'scher Züchtungen in Kańczugi

(früher **Henryk Dołkowski i Sp.**), gezüchtet in der Filiale in **Poniec (Grosspol.)** empfehlen wir folgende Abänderungen:

Orig. **W. D. Ordon** (weiß)	Orig. **W. D. Żnicz** (weiß)
„ **Duda** (weiß)	„ **Rubin** (rot)
„ **Bojar** (rot)	„ **Potentat** (rot)
„ **Gracja** (rot)	„ **Nowe Różowe**
„ **Łucja** (weiß) (früher Kaiserkrone)	(sehr frühe 6-Wochen-Kartoffel)

Sämtliche Gattungen sind von der W. I. R. in Poznań anerkannt.

In Anbetracht der begrenzten Menge bitten wir um baldige Bestellungen.

Spółka-Akc. „ROLA" w Poznaniu

Telephon 2895 **św. Marcin 48** Telephon 2896.

Fürstin Suwarina

Erschütterndes Drama mit Bildern vom bolschewistischen Terror.

Teatr Pałacowy, pl. Wolności 6

um 4¼, 6¼ und 8½ Uhr.

Der diesjährige

Reiterball

findet am 30. 2.

bei **Herrn Cecile junior** in **Kołatka, p. Biskupica** statt. Wagen zur Abholung der Gäste 4 Uhr nachm. Biskupica.

Das Komitee.

Mittwoch, 27. Februar 1924. Posener Tageblatt. Beilage zu Nr. 48.

Posensche und pommerellische Musiker.

Von Alfred Loake-Posen.

(Fortsetzung.)

In der Stadt Posen haben außer Damrosch noch andere musikalische Strebegeister ihre Kinderjahre zugebracht. Die Musikgeschichte nennt einen Jan vom Brant, der im Jahre 155. hier geboren wurde und lateinische und polnische Kirchenlieder (Warschau 1586) herausgab. Das 17. und 18. Jahrhundert schweigt. Am 27. August 1807 kam in Posen Karl Albrecht zur Welt, der zunächst eine Reihe von Jahren in verschiedenen Theaterorchestern als Violinist mitwirkte (so in Breslau), sodann aber zum ersten Kapellmeister der Kaiserlichen Oper in Petersburg emporstieg. Er starb am 24. Februar 1863 in Gatschina. Eine Messe, mehrere Streichquartette, ein Ballett („Der Berggeist") legen Zeugnis ab von seinem künstlerischen Schaffen, das sich auf seine Söhne in ansehnlichem Umfange vererbte.

In den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts gaben die „Nicodé-Konzerte" dem Konzertleben Dresdens das künstlerische Gepräge. Ihr Veranstalter war Jean Louis Nicodé, am 12. August 1853 in dem Posener Vorort Jersitz geboren. Der Name Nicodé war von 1888—1890 musikalischer Trumpf der sächsischen Residenz, und zweifellos hat sich dieser Mann um die Erziehung der Ästhetik des künstlerischen Geschmacks mannigfache Verdienste erworben. Der am 5. Oktober 1919 an der Stätte seines Wirkens verstorbene Musiker betätigte sich in ebenso fruchtbringender Weise als Tonkünstler. Seine sinfonischen Dichtungen (teilweise mit Hinzuziehung von Männerchören) zwangen seinerzeit die Musikkritiker zu selten gehörten Lobeshymnen.

Nicht verwandt mit der berühmten Künstlerfamilie gleichen Namens ist Leonhard Emil Bach aus Posen. Geburtsdatum ist der 11. März 1849. Er war ein tüchtiger Pianist und starb als Lehrer der Guildhall-Musikschule in London. Einige Opern tragen Bachs Namen; sie entnehmen ihren Stoff dem Milieu des preußischen Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I., sind heute aber kaum noch dem Titel nach bekannt.

Mit einer Reihe musikwissenschaftlicher Abhandlungen, welche der Lösung der Troubadour- und Minnesänger-Motivierungen ganz neue Bahnen freilegten, zog Paul Runge die Augen der internationalen Musikwelt auf sich. Er stammte aus Heinrichsfeld in Posen (geb. 2. Januar 1848) und war seit 1873 Gesanglehrer am Gymnasium in Kolmar (Elsaß), wo er am 4. Juli 1911 starb. Runge schrieb ferner einige Chorwerke, die jedoch eine weniger prägnante Bedeutung haben.

Von Liszt den letzten Schliff erhielt Dr. jur. Paul Ertel, der insonderheit durch mehrere Arbeiten sinfonischen Charakters („Die nächtliche Heerschau", „Pompeji", „Hero und Leander") in weiten Kreisen bekannt wurde. Er hatte die Juristerei an den Nagel gehängt und sein Lebensglück in der Musik versucht und gefunden. Das Posener Standesamt verzeichnet den 22. Januar 1865 als Tag seiner Geburt.

Ich will nunmehr den Warthestrand verlassen, mich nordwärts wenden und in Samter Station machen. „Wenzel von Samter" (auch Szamotulski benannt) verknüpft als erster diese Stadt mit der Geschichte der Musik. Er war für seine Zeitgenossen ein brauchbarer Komponist geistlicher Motetten und Lieder und um 1525 in Samter geboren. 47jährig beschloß er in Krakau seine Erdenlaufbahn. Ob von seinen Werken das Samtersche Geschlecht der Gegenwart gelegentlich noch etwas zu hören bekommt, entzieht sich meiner Kenntnis. Glücklicher in dieser Beziehung (wenigstens vorläufig) sind die Gebrüder Scharwenka, von denen der ältere Philipp am 16. Februar 1847, sein Bruder Xaver am 6. Januar 1850 in Samter als Erdenbürger anlangten. Während der erstere mehr instruktivere Pfade einschlug, verlegte sich Xaver erstlinig auf das Gebiet der Produktivität und des Nachschaffens. Beide zählt die Berliner Akademie der Künste zu ihren Mitgliedern, beide haben eine große Zahl interessanter und gehaltvoller Instrumental- und Vokalkompositionen der musikalischen Schatzkammer zugeführt. Sie charakterisieren sich durch originellen Stil, tragen offenkundige Merkmale tondichterischer Palsation und reicher Erfindungsgabe an der Stirn und werden mit Recht von Freunden inhaltsreicher, bildender Hausmusik bevorzugt und warm empfohlen. Philipp Scharwenka starb am 16. Juli 1917 in Bad Nauheim, Xaver, der übrigens 1913 in einem der damaligen Posener Sinfoniekonzerte mit Bravour als Solist mitwirkte — er spielte sein Klavierkonzert in F-moll — widmet sich jetzt vorzugsweise seinem 1881 eröffneten Klindworth-Scharwenka-Konservatorium in der deutschen Reichshauptstadt. — Viele Jahre hindurch bildeten in Berlin die Irrgangschen Orgelkonzerte einen künstlerischen Anziehungspunkt eigenen Gepräges und richtige Erbauungsstunden. Der vermittelnde Musiker war Bernhard Irrgang, geb. 23. Juli 1869 in Zduny, gest. 8. April 1916 in Berlin als Organist der Dom- und Hofkirche.

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Posen, den 26. Februar.

Zwangsverkäufe deutscher Apotheken.

Die Konzession für Apotheken deutscher Eigentümer haben nach einer Mitteilung der „Danz. N. Nachr." erhalten: in der Wojewodschaft Posen in Ritschenwalde Kazimir Kugler an Stelle des Apothekers Viebstaedt, in Raschkow Franz Kowalczyk für den bisherigen Inhaber Bruno E.; in Pommerellen: in Culm Johann Podbielski als Nachfolger des Apothekers Paul Heubach, in Lautenburg Winklend als Berufsnachfolger des Apothekenbesitzers Hugo Gerstel, in Neuenburg Anton Klemens an Stelle des bisherigen Inhabers Otto Tietz, in Dirschau Leo Schulz an Stelle des Apothekers Alfred Laskowski (deutscher Staatsbürger). Die neuen Besitzer sind jedoch noch nicht im Besitze der Konzessionsakten; ebensowenig ist bisher die Schätzungssumme bezüglich des Inventars bekanntgegeben.

X Die nächste Stadtverordnetensitzung findet morgen, Mittwoch, zu gewohnter Stunde statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Angelegenheiten:

Neuregelung der Ortszuschläge für die Rektoren und Lehrer; Nachbewilligung von Krediten zur Deckung des Brennholzeinkaufes für die Armen; Bewilligung einer weiteren Unterstützung für das „Komitee der billigen Küchen"; Abbruch des Warschauer und des Kalischer Tores und Änderung des Elektrizitätspreise.

Die zuständige Stelle für Todeserklärungen von Ausländern. Die bisherigen Rechtsvorschriften im ehemals preußischen Teilgebiet sahen kein zuständiges Gericht für den Fall vor, wenn ein Ausländer als tot erklärt werden sollte, der seinen Wohnort in Polen hatte. Der Ministerrat bestätigte nun in seiner Montagssitzung eine Verfügung, nach der im ehemals preußischen Teilgebiet der Sąd Powiatowy in Posen zuständig sein wird.

Paßvergünstigungen für Messebesucher. In besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Wirtschaftslage Polens sind die deutschen Paßstellen in Posen angewiesen worden, die Einreisevisa zum Besuch der deutschen Frühjahrsmessen, insonderheit auch der Breslauer Messe vom 9.—11. März bei Einsendung des Messeausweises ohne persönliches Erscheinen des Antragstellers und um 75 Prozent verbilligt abzugeben. Alle Auskünfte erteilt das Messeamt Breslau und sein Vertreter Fritz Meyerstein, Posen, Wronicka 12 (ul. Wronkera.)

* **Lissa**, 23. Februar. Über eine bittere Notwendigkeit berichtet das heutige „Liss. Tageblatt": „Die Freiwillige Feuerwehr sieht sich gezwungen, ihr Wintervergnügen morgen, 24. Februar zu wiederholen, da es bei dem letzten Vergnügen nicht die Unkosten gedeckt hat. Weil verschiedene nötige Feuerwehrgeräte zu kaufen sind, bittet der Vorstand um zahlreichen Besuch."

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Das vorläufige Jahresausfuhrkontingent für Räucherwaren wurde auf 300 Tonnen und für Fleischkonserven und Pasteten auf 400 Tonnen festgesetzt. Genehmigungen werden nur großen Firmen auf Grund von Gutachten des Industriedepartements des Handelsministeriums erteilt — ohne Ausfuhrabgaben unter Abgabe von 75 Prozent der aus der Ausfuhr von Räucherwaren und 60 Prozent der aus der Ausfuhr von Konserven erzielten Devisen an den Fiskus. Eine endgültige Entscheidung ist aber noch nicht getroffen worden.

Doppelte Manipulationsgebühren werden nach einer am 15. d. Mts. in Kraft getretenen Verfügung des Finanzministers in den Fällen erhoben, wo die Zolldeklaration als nicht vollständig angesehen wird. Diese Gebühr beträgt von Waren, die dem Zolltarif unterworfen sind, 10 Prozent der allgemeinen Zollabgabe, von nicht dem Zolltarif unterliegenden Waren 2 Prozent vom Wert der Waren, der, wenn keine genügenden Erklärungen über die ausgeführten Waren beiliegen, nach dem Marktpreise bestimmt wird.

Der Hauptexportartikel für die vom Ein- und Ausfuhramt im Jahre 1923 gewährte Ausfuhr war unverarbeitetes Holz. Im Verhältnis zur Gesamtmenge des Jahresexports betrug die Holzausfuhr 58,3 Prozent. Die Eierausfuhr machte 933 Waggons, aber kaum 1 Prozent des Gesamtexports aus. Trotzdem nimmt die Eierausfuhr in der Zahl der für die freie Ausfuhr verbotenen und nur auf Grund besonderer Kontingentsgenehmigungen ausgeführten Artikel die erste Stelle ein. Den zweiten Platz nach dem Holz haben nach der Exportmenge die Kartoffeln mit 15,5 Prozent des ganzen Exports. Die Zuckerausfuhr betrug 10 Prozent.

Wirtschaft

Der Mißerfolg der polnischen Ausfuhrerlaubnis für Getreide auf Konto der Vermögensabgabe wird vom Senator Szukorzyński im „Dziennik Pozn." damit erklärt, daß nur Getreide von hervorragender Qualität angenommen worden sei, während die allgemeine Qualität der Ernte sehr mittelmäßig war. Deshalb hätten die Landwirte darauf vorbereitet sein müssen, daß die nach Danzig gelieferten Mengen ihnen zum Teil wieder zur Verfügung gestellt werden würden.

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen hatten wir mehrfach geäußert, daß diese politischen Verhandlungen auch mit Wirtschaftsfragen verbunden werden müßten. Dieser Meinung schließt sich bemerkenswerterweise auch ein so wenig deutschfreundliches Blatt, wie der „Dziennik Poznański", an und führt dabei noch etwa folgendes aus: „Da der ganze Verkehr Polens mit Westeuropa sich über Deutschland vollzieht, mit dem noch kein Wirtschaftsabkommen getroffen ist, steht Polen ganz isoliert vom Westen da. Die Frage der Mitnahme von Barmitteln über die Grenze sei zwar bereits insofern geregelt, als die zulässige Summe auf 1000 Złoty erhöht wurde. Eine außerordentliche Hemmung bedeute aber die Behandlung der Paß- und Visierungsfrage. Der materielle Gewinn des Staates durch die kürzlich erfolgte Erhöhung der Visierungsgebühr auf 100 Goldmark bzw. 100 Goldfrank sei ebenfalls sehr unbedeutend im Vergleich zu dem Schaden, der dadurch dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben beider Länder erwächst. Selbst noch so große Schwierigkeiten bei der Grenzüberschreitung könnten „deutsche Agitatoren" doch nicht verhindern, nach Polen zu gelangen. Von Deutschland, das ebenfalls einen modus vivendi im Grenzverkehr benötige, müsse man eine Vereinfachung der Einreisebewilligung fordern." — Auch in anderen polnischen Blättern scheint man allmählich der wahren Stimmung in gewerblichen Kreisen Polens Rechnung tragen zu wollen, die auf eine Wirtschaftsverständigung mit Deutschland hindrängt.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 23. Februar. (Im freien Verkehr für 1 g fein in 1000 Mkp.) Gold 6250, Silber 205, Platin 32000; 1 Goldrubel 5160 1 Silberrubel 3600 Billon 1350.

London, 23. Februar. Diskont 3 9/16, Silber bar 33 9/16 3 Mon. 33 8/16. Gold 95.8.

Metalle. Berlin, 25 Februar. (Für 1 kg in Goldmark.) Raff. Kupfer 1.15—1 17. Orig. Hüttenweichblei 0.65—0.6?; Hüttenrohzink 0.69—0.70. Remelted Plattenzink 0.59—0.60. Orig. Hüttenaluminium in Blöcken und Barren 2.10 Walz- und Drahtbarren 2.20. Zinn (Banka, Straits, Austral) 5.20 5.30. Hüttenzinn (mindestens 99 %) 5.05—5.15, Reinnickel 2.30—2.40. Antimon Regulus 0.90—0.93 Silber in Barren (900 fein) 95.00—96.00.

London, 23 Febr. Standardkupfer 62 18.9, 3 Mon. 63 16 3 Elektrolytkupfer 69 5 Standardzinn 274 2.6, 3 Mon. 272.7.6. Blei bar 36. 0 3 Mon. 35 5, Zink bar 37, 3 Mon. 35.15, Engl. Antimon 59.15, Quecksilber 9.15.

Börse.

= Warschauer Börse vom 25. Februar 1924. Am Devisenmarkt ist der Dollar fest geblieben. Angezogen hat der französische und der belgische Frank. Gezahlt wurde für den Dollar 9.3 M., das Engl. Pfund 40,075 M, holl. Gulden 34.5 M. Der belg. Frank notierte 362 000, der franz. Frank 411 000. Von den Staatspapieren ist die Miljonówka mit 650 000 bezahlt worden, die Goldanleihe mit 13.5, die Dollaranleihe mit 5.75 die Złotybons mit 1.4. Am Effektenmarkt ist die Tendenz nicht einheitlich. Einzelne Papiere zeigen anziehende Tendenz. Folgende Schlußkurse werden erzielt für Bankwerte: Dyskontowy 26.25, Handlowy 25, Kredytowy 1 4, Małopolski 2. Handl. Posen 7.5. Powsz. Kredyt. 0.575, Przem. Lwowski 2,275, Zachodni 8.05. Związku Spół. Zarobk. 23, Związku Ziemian 0.6; Industriewerte: Sole Potasowe 28 75, Kijewski 13. 5, Puls 1.55, Sosieß 4, Strem 80. Wildt 0.725, Brown Boveri 3.8 Sła i Światło 2.675, Chodorow 23.25, Tow. Fabr. Cukru 17.5. Michałow 3. Warsz. Kop. Węgla 24 Polska Nafta 2.2, Nobel 5 4, Cegielski 2.725 Fitzner & Gamper 30, Rau 3. Norblin 3.7, Modrzejów 52.5, Orawein 1.65, Parowoz 2.45, Pocisk 5.3, Starachowice 15 8, Ursus 5 1, Zieleniewski 50, Zawiercie 0 24, Żyrardów 1550, Tkanina 0.31, Polski Lloyd 0.425, Marymunt 6, Spiritus 8.5.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

H. B. in B. 1. Diese Frage läßt sich weder bejahen, noch verneinen. Das kommt ganz auf die näheren Umstände an, die Sie für die Abwanderung geltend machen würden. 2. Ein derartiger Antrag ist zurzeit ganz aussichtslos. 3. Die Umsatzsteuer müßte bezahlt werden. 4. Die Höhe dieser Steuer können wir Ihnen nicht angeben. 5. Für diese Sachen besteht Zollfreiheit; nur gewisse Sachen sind von der Mitnahme ausgeschlossen. Näheres hierüber erfahren Sie bei der Deutschen Fürsorgestelle im Johannenhaus. 6. Erledigt sich aus dem Vorstehenden.

J. K. P. 1. Damals gab es noch keine polnische Mark infolgedessen auch kein Verhältnis zur deutschen Mark. 2. Beantwortet sich nach dem Vorhergesagten von selbst. 3. Nach § 270 des B. G.-B. hat der Schuldner im Zweifel Geld auf seine Gefahr und seine Kosten dem Gläubiger an dessen Wohnsitz zu übermitteln. 4. Weshalb wollen Sie sich über diese Angelegenheit heut schon den Kopf zerbrechen, da ja noch gar nicht abzusehen ist, was aus dem Antrage wird.

E. F. in St. 1. Den Danziger Kurs können wir Ihnen nicht nennen, dagegen war der diesem damals ungefähr gleiche Berliner Kurs des Dollars 297 62 Mk. 2. Ja. 3. Das kommt ganz auf den Versuch an. Wir möchten Ihre Anfrage weder bejahen noch verneinen.

Herrschaft P. Der Ztr. Roggen notierte am 18. Dezember 1922 mit 21250—21 150 Mk. Eine Freikarte zur Rückantwort lag Ihrer Anfrage nicht bei.

M. in W. Sie dürfen in diesem Falle nicht ohne weiteres nach Deutschland wandern, sondern müssen die deutsche Genehmigung nachweisen. Wir empfehlen Ihnen, sich wegen der Beantwortung Ihrer beiden Fragen an die Deutsche Fürsorgestelle im Johannenhause in Posen zu wenden, von der Sie auch genaue Auskunft über die erforderlichen Papiere und die zu erledigenden Formalitäten erhalten.

St. in P. Bei unseren Veröffentlichungen in Nr. 39 und 43 über die Vermögenssteuer handelt es sich wie doch ohne weiteres ersichtlich ist, um Verordnungen des Finanzministers, nach denen sich jeder Steuerbeamte richten muß. Sie waren nach § 6 der Verordnung in Nr. 39 keineswegs zur Zahlung der Steuerquote verpflichtet, bis über Ihre Eingabe die zuständige Steuerbehörde entschieden hat. Der Beamte hätte Ihnen auch die Ablieferung der Eingabe bestätigen müssen. Sie waren nicht verpflichtet, bis zum 25. d. Mts. weitere Zahlungen zu leisten, wenn bis dahin Ihre Eingabe nicht erledigt würde.

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Wertpapiere und Obligationen:	26. Februar	25. Februar
4proz. Pram.-Staatsanl. (Miljonówka)	80	90—80
6proz. Listy zbożowe Pozn. Ziemst. Kredyt. (für 1 Meterzentner)	15 000	15 000
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	900	900
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	2 100—2 200	2 100—2 200
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	725	750
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	250	250
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	450	450
R. Barcikowski I.—VI. Em.	160	—.—
Browar Krotoszyński I.—V. Em.	850—875	850
H. Cegielski I.—IX. Em.	250	260—250—260
Centrala Rolników I.—VII. Em.	95	95
Centrala Skór I.—V. Em.	700—775—750	700
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	—.—	17 500
Dębienko I.—IV. Em.	250—270	—.—
Garbarnia Sawicki Opalenica I. Em.	225	250—245
Goplana I.—III. Em.	400	420
C. Hartwig I.—VI. Em.	280	250
Hartwig Kantorowicz I.—II Em.	1 200—1 300	—.—
Hurtownia Związkowa I.—V. Em	30	27
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	1 600—1 750	1 600
Iskra I.—III. Em.	700	700
Luboń, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	21 000—20 000	—.—
Dr. Roman May I.—IV. Em.	8 750	9 000
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	400	—.—
Mlynotwórnia I.—V. Em.	350	325
Płótno I.—III. Em.	190—180	190—200—190
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	170—160	170
Piechcin, Fabryka Wapna i Cementu	1 575—1 550	1 550—1 575
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	470—500	465—475
Pneumatik I.—IV. Em.	45—40	50—45
Syndykat dla Handlu z Zagr. I.—III. Em.	—.—	32.5
Tri I.—III. Em.	1 600	—.—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	2 500—2 550	2 300—2 400
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	—.—	850
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	4 000	4 000
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III Em.	265—255	280—265
Wytwórnia Chemiczna I.—VI Em.	100—110	95—100
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em Krot.	—.—	375
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	500—550	480—500

Tendenz: etwas fester.

= Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 26. Februar 1924. (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 2 200 000 Mkp.

= Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 26. Februar 1924. 1 Dollar in Polen = 9 080 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 2 165 000 Mkp.

= Posener Börse vom 25. Februar 1924. (Markt der nichtnotierten Werte). Miljonówka 900. Getreidepfandbriefe der Posener Landschaftlichen Bank 1500. Gesucht Alwawit und Bank Cukrownictwa.

= Die P. K. K. P. zahlte am 23. Februar in 1000 Mkp. für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 4732 (3146.4), Mark 2191 (874) Krone 1863 4 (729.7), lat. Münzeinheit 1774 (7.9.7), Dollar 9200 (4205.6), Pfund Sterling 44765 (sh 914.2), Türk. Pfund 40 350, Schwedenkrone 2456 (1048 8) Holl. Gulden 3697.5 (1651 8) Österr. Dukaten 2104 (fl. 1942), Belg. u. Holl. Dukaten 20 990. 1 g Feingold 6113.7 (174.8).

= Warschauer Börse vom 23. 2. 24. (Markt der nichtnotierten Werte): Pruszków 900, Elektr. na Sanie 850, Lechnita 625, Lokomotywy 4000 Jabłkowscy Wilno 180, Nitrat 1350, Opatówek 1400. Hurt. Opałowa 300, Przem. Węgl. 170, Granat 900.

= Berliner Börse vom 25. Februar 1924. (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mark.) Amsterdam 1 578 050, Brüssel 165 595, Christiania 554 610, Kopenhagen 670 320 Stockholm 1 097 250, Helsingfors 105 735, Mailand 183 500, London 18 154 500, Newyork 4 189 5 0, Paris 185 535, Schweiz 728 175, Spanien 532 665, Japan 1 895 250, Wien abgest. 62 842, Prag 122 193, Jugoslawien 53 865, Budapest 304 437, Bulgarien 32 917.

= Züricher Börse vom 25. Februar 1924. (Amtlich). Newyork 5 7725 London 24.87, Paris 24.75, Wien 0.001822 Prag 16.7875. Mailand 24.79, Brüssel 21.75, Amsterdam 216,00, Madrid 73,40, Bukarest 3.20, Sofia 4.40, Athen 9.50, Konstantinopel 3.00, Berlin 1.31, Helsingfors 14.50, Christiania 76.00, Kopenhagen 91.75, Stockholm 151.00.

Danziger Mittagskurse vom 26. Februar.

1 Million poln. Mark	0,64 Gulden
1 Dollar	5,81 „

Warschauer Vorbörse vom 26. Februar.

Dollar 9 200 000—9 245 000. Engl. Pfund 39 650 000. Schweizer Franken 1 594 000. Französischer Franken 399 000.

Warschauer Börse vom 25. Februar.

Devisen:

Belgien	362 000	Prag	271 000—265 300
London	40 425 000—40 440 000	Schweiz	1 622 500—1 612 500
Neuyork	9 350 000—9 340 000	Wien	132.00—131.00
Goldfrank	1 798 000	Italien	406 500—404 100
Paris	413 500—411 000		

Aus Stadt und Land.

Posen, den 26. Februar.

Erhöhung der Stempelgebühren.

Warschauer Blätter melden:

„In Anbetracht dessen, daß der Durchschnittskurs des Goldfrank im Zeitraume vom 1. bis 7. Februar d. Js. im Verhältnis zum Kurse des Goldfrank in der Zeit vom 1. bis 7. Januar (der für die Bestimmung der Stempelgebühren für den Monat Februar maßgebend war) annähernd um 34 Prozent gestiegen ist, werden auch die Stempelgebühren ab 1. März d. Js. eine entsprechende Erhöhung erfahren. Somit wird die Gebühr für gewöhnliche Eingaben 3 800 000 M. für den ersten Bogen und je 770 000 M. für jeden weiteren Bogen sowie für jede Beilage betragen. Für ein gewöhnliches Zeugnis werden 3 800 000 M. zu entrichten sein, für Blankowechsel 13 500 000 M., für Duplikate oder für entsprechende Rechnungen, falls vom Original Prozentgebühren erhoben wurden, 320 000 M. Die Gebühren für Schecks verbleiben wie bisher 10 000 M. Rechnungen und Quittungen unterliegen nicht der Gebührenzahlung, wenn die hierbei in Frage kommende Summe 1 600 000 M. nicht übersteigt.“

Vergünstigung für Eisenbahnerkinder. Das polnische Eisenbahnministerium hat dem „Przegl. Wiecz.“ zufolge beschlossen, unter Berücksichtigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Eisenbahnangestellten und Arbeiter, auch ihren Kindern die Fahrt auf der Eisenbahn zu ermäßigten Preisen zu gestatten. Freilich soll diese Vergünstigung nur gelten bei der regelmäßigen Fahrt zur Schule oder zu sonstigen Bildungsstätten.

× **Todesfall.** Gestorben ist am Sonntag nachmittag der Sanitätsrat Dr. Bogdan Wicherkiewicz, Inhaber der Augenklinik in der ul. Św. Marcin (fr. St. Martinstraße), neben der St. Martinkirche. Er war ein Bruder des vor mehreren Jahren in Krakau verstorbenen Professors Dr. Wicherkiewicz, der an der dortigen Universität den Lehrstuhl für Augenheilkunde inne hatte und der Gründer der hiesigen Augenklinik war. Nach seinem Wegzuge nach Krakau übernahm Dr. Bogdan Wicherkiewicz dessen Praxis und Klinik. Die Brüder Wicherkiewicz stammten aus Exin. Der Tod reißt in den Reihen der Posener Ärztewelt bedenkliche Lücken. Im letzten Sommer starben hier fast gleichzeitig Prof. Dr. Jurasz (Senior) und Sanitätsrat Dr. Bolewski, von den in der Provinz verstorbenen Ärzten ganz zu schweigen. — Auch die Reihe der Berufsrichter lichtet sich stark. Kürzlich starb in Thorn der dortige Gerichtspräsident Szuman. Am 22. d. Mts. starb der Richter am hiesigen Sąd Okręgowy (Landgericht) Stanisław Szulc. Es war ein lieber Mensch, von ausgeprägt streng rechtlichem Gerechtigkeitssinn.

Eine Verurteilung, die als Warnung dienen mag. Die Strafkammer in Stargard verurteilte den Kaufmann Altera Wolski aus Krakau zu 6 Milliarden 75 Millionen Mark Geldstrafe und Einziehung der beschlagnahmten 225 Dollar, die W. auf einer Reise nach Danzig bei der Kontrolle in Dirschau im Jahre 1922 dem revidierenden Beamten verheimlichte, und die bei einer Leibesvisitation ans Tageslicht gefördert wurden. Neben diesem Schmerz hat der Verurteilte auch noch die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der gesamte Verlust übersteigt bei weitem den Betrag von gegenwärtig 8 Milliarden Mark.

Die Privatschule ul. 27. Grudnia 4, veranstaltete am Freitag in der Loge, ul. Grobla (fr. Grabenstraße), einen Unterhaltungsabend für die jetzigen und ehemaligen Schüler der Anstalt mit ihren Angehörigen. Der Verlauf der Veranstaltung war äußerst harmonisch. Unter anderem gelangten ein von Schülerinnen aufgeführtes Ballett, ein kleines Theaterstück und eigene Kompositionen von Schülern auf dem Klavier zur Vorführung. Der Direktor der Anstalt hatte den Reingewinn des Abends für notleidende Kinder der Wojewodschaft bestimmt. Da die Beteiligung sehr groß war, kann ein wesentlicher Betrag für diesen edlen Zweck abgeführt werden.

Der Stenographen-Verein Stolze-Schrey veranstaltet am Sonntag, 2. März, nachmittags 4 Uhr ein gemütliches Beisammensein bei Schrell früher Kunkel mit Vorträgen und Tanz.

× **Fortdauer der Kälte.** Heut früh betrug die Kälte — 9 Grad Celsius, für den 26. Februar eine immerhin beachtenswerte und durchweg seltene Temperatur!

× **Unter dem Verdacht des Verbrechens gegen § 218 des Str.-G.-B.** steht auch das 21jährige Dienstmädchen Marja Budel, das sich z. Zt. in der Hebammenlehranstalt befindet. Wegen geleisteter Beihilfe ist ein gewisser Gustav Henneberg aus Sachsen in Untersuchungshaft genommen worden.

× **Beschlagnahmt** wurde gestern ein Uhrkettenanhänger in Form einer massiv goldenen männlichen Phantasiefigur mit Marmorplatte, den eine Frau vom Lande in einem Juweliergeschäft veräußern wollte, ohne sich über den rechtmäßigen Erwerb des Gegenstandes ausweisen zu können. Der rechtmäßige Eigentümer kann sich im Zimmer 37 der Kriminalpolizei melden.

Posener Ladendiebinnen auf Reisen. Am Sonnabend konnten in Dirschau zwei Frauen aus Posen verhaftet werden, die in dortigen Konfektionsgeschäften sich Waren zur Auswahl vorlegen ließen und hierbei auf mehreren Stelle Stücke verschwinden ließen. Sie wurden hierbei aber schließlich entlarvt und die Polizei übergeben, die feststellte, daß es sich um zwei Frauen namens Marianna Kubiak und Apolonia Grajewska aus Posen handelt, die der hiesigen Polizei als Diebinnen bereits bekannt sind.

× **Die Verkäuferin „billiger“ Kohlen** hat wieder einmal einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Die wußte einen Kaffeehausbesitzer in der ul. Kraszewskiego (fr. Hedwigstr.) davon zu überzeugen, daß sie ihm Kohlen erheblich billiger liefern könne, als die hiesigen Kohlenhändler. Sie ließ sich 50 Millionen Anzahlung leisten und hat natürlich die Lieferung der Kohlen ganz vergessen.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: vom Grundstück Za Bramką 7 (fr. Torstr.) zwei Kanaldeckel im Werte von 50 Millionen; aus zwei Kellern im Hause ul. Kwiatowa 9 (fr. Blumenstr.) 26 Ztr. Kohlen; aus einer Wohnung ul. Mostowa 26 (fr. Posadowskystr.) Wäsche und Betten im Werte von 500 Millionen; aus der ul. Mostowa 32 mehrere Anzüge im Werte von 500 Millionen; aus einer Wohnung Mała Garbary 6 (fr. Kl. Gerberstr.) eine goldene Damenarmbanduhr und ein Stück Sohlenleder im Werte von 800 Millionen; aus der Mała Garbary 7a 1 Anzug, 2 Paar Schuhe, 1 Paar Handschuhe, Hemden und sonstige Leibwäsche im Werte von 190 Millionen; aus der ul. Piaskowa 6 (fr. Sandstr.) verschiedene Wäsche- und Kleidungsstücke im Werte von 40 Millionen; aus der ul. Szamarzewskiego 26a (früher Kaiser Wilhelmstr.) Damenkleider und eine silberne Herrenuhr im Werte von 100 Millionen; aus einer Wohnung ul. Wołyńska 5 (fr. Brandenburgerstr.) Damenkleidung und -Wäsche, sowie ein Paar schwarze Damenhalbschuhe für 500 Millionen; aus einer Wohnung ul. Chełmońskiego 20 (fr. Helmholtzstr.) Kleidungsstücke im Werte von 1 Milliarde und 200 Millionen.

× **Polizeilich festgenommen wurden gestern:** 4 Diebe, 11 Dirnen, 4 gesuchte Personen, 10 Betrunkene, 1 Betrüger, 1 Person wegen Umhertreibens, ein Frauenzimmer wegen Unzuchtverdachts.

* **Bromberg,** 25. Februar. Um 600 Millionen geschädigt wurde ein Wäschegeschäft durch eine Näherin, die sich Olszewska nannte. Sie empfing zum Wäschenähen Leinenstoff im genannten Wert, ließ sich dann aber nicht mehr blicken.

* **Culm,** 25. Februar. Der Dampfmühlenbesitzer Janicki, in einem Dorfe bei Warschau wohnend, verkaufte sein hier am Markt gelegenes Hotel zum „Weißen Adler“ an den Kaufmann Muziol für 35 Milliarden Mark.

* **Graudenz,** 25. Februar. Um dem Wohnungsmangel abzuhelfen, wurde von der Stadt in der Kalischer Straße ein Familienhaus gebaut. Der Bau dauerte ziemlich lange und wurde recht kostspielig. Zum Bau von weiteren Häusern hat man sich aber nicht entschließen können. Man scheint also nicht die besten Erfahrungen gemacht zu haben.

□ **Inowrocław,** 25. Februar. Einen Gaspreisrekord hat die städtische Gasanstalt aufgestellt, indem sie sich für Januar für das Kubikmeter 1 400 0000 Mk. zahlen ließ, während man in Posen dafür „nur“ 570 000 Mk. bezahlte.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 25. Februar. Dem „Przegl. Wiecz.“ zufolge, hat die Frau des österreichischen Diplomaten Haas eine kostbare Brillantenbrosche gelegentlich eines Empfangs beim polnischen Staatspräsidenten verloren. Sie meldete diesen Verlust der Warschauer Kriminialpolizei, der es auch gelang, die Brosche aufzufinden. Beim Fegen des Hausflurs hatte nämlich der Portier die Brosche gefunden und sie behalten, ohne eine Ahnung davon zu haben, wie wertvoll der Fund war.

* **Lodz,** 25. Februar. Hier versuchte sich in einer der letzten Nächte die 22jährige Franciszka Szymczak, die vor kurzem aus ihrem heimatlichen Dorfe hierhergekommen war, vor der Wohnung ihres Verlobten, des 21jährigen Schustergesellen Stefan Barumiewicz, durch Genuß von Ammoniak das Leben zu nehmen. Sie tat den verzweifelten Schritt, weil sie eine Enttäuschung nicht überleben zu können glaubte. Wie ihr Barumiewicz nämlich versprochen hatte, sollte am Dienstag ihre Trauung stattfinden. Als alle Vorbereitungen zur Hochzeit bereits getroffen waren und die Szymczak dazu bereits ihre Verwandten eingeladen hatte, erschien Barumiewicz und erklärte, daß er sich mit ihr nicht trauen lassen werde. Die Szymczak verübte den Selbstmordversuch im Brautkleide.